neue

Lothar Hack · Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit
Wolfgang Lefèvre · Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU Berlin / Reimut Reiche und Peter Gäng · Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik / Volkhard Mosler · Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition / Glossen / Berichte

kritik

April 1967

41

neue kritik, Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik
Herausgegeben vom Bundesvorstand des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) in Zusammenarbeit mit dem Verlag Neue Kritik KG
Herausgeber: Wolfgang Abendroth, Erich Eisner, Peter Gäng, Wolfgang Lefèvre, Klaus Meschkat, Oskar Negt, Reimut Reiche, Helmut Schauer, Klaus Vack, Lothar Wolfstätter. Redaktion: Bernhard Blanke, Meino Buning, Wolf Rosenbaum, Ursula Schmiederer (verantwortlich)
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion
Verlag und Redaktion: 6 Frankfurt 1, Wilhelm-Hauff-Straße 5
Telefon 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten Monat. Jahresabonnement (6 Ausgaben): DM 18,— zuzüglich DM 1,50 Porto, Einzelheft DM 3,— zuzüglich Porto
Postscheckkonto: Ffm 150774. Dresdner Bank Ffm 282680
Umschlagentwurf: Eberhard Fiebig. Druck: E. Lokay, Reinheim

Inhalt

		Editorial
1	*Helge Knüppel*	Militärputsch in Griechenland
4	*Helmut Schauer*	Notstandsgesetzgebung und Notstandsopposition
9	*Reimut Reiche*	Worte des Vorsitzenden Mao
10	*Wolfgang Lefèvre*	Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU Berlin
14		Resolution des Berliner Landesverbandes zur Suspendierung der „Kommune"
17	*Reimut Reiche* *Peter Gäng*	Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik
36	*Lothar Hack*	Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit
53	*Volkhard Mosler*	Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition
65	*Rezensionen*	Das rote Gewerkschaftsbuch

Editorial

Mit dieser Nummer erscheint die „neue kritik" nicht mehr als „Zeitschrift sozialistischer Studenten", sondern als Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik. Sie wird gemeinsam herausgegeben vom Bundesvorstand des SDS und vom Verlag neue kritik. Dieser betreut sie verlegerisch und hat fünf Genossen beauftragt, seine Herausgeber-Rechte wahrzunehmen. Gemeinsam mit den fünf Mitgliedern des Bundesvorstandes des SDS bilden sie ein Herausgeberkollegium, das den Chefredakteur der Zeitschrift bestellt.

Mit dieser Veränderung werden Konsequenzen aus der Diskussion gezogen, die der SDS und einige seiner Freunde fast zwei Jahre lang über die Rolle und Aufgaben der „neuen kritik" geführt haben. In diesen Diskussionen hat sich vor allem gezeigt, daß das Verhältnis des Studentenverbandes zu seinen ehemaligen Mitgliedern und zu den Sozialisten außerhalb der Hochschule problematisch geworden ist. (Wir verweisen auf die ausführliche dokumentarische Darstellung dieser Diskussion, mit der der Bundesvorstand des SDS die SDS-Korrespondenz als internes Diskussionsorgan begründet hat.)

Wenn die Diskussionen, die in den Monaten seit der Bildung der Großen Koalition unter den Sozialisten in der Bundesrepublik über ihre weiteren politischen Schritte geführt wurden, in einem Punkt nicht zu Meinungsverschiedenheiten geführt haben, dann in diesem: Es fehlt an zuverlässigen Analysen über die politische Situation und über die Möglichkeiten sozialistischer Politik in der Bundesrepublik. Die Diskussion darüber ist noch nicht einmal so weit fortgeschritten, daß man von der Auseinandersetzung zwischen fundierten Positionen sprechen könnte.

Wer heute für die Gründung einer Partei, einer Sammlungsbewegung, für die Zusammenfassung bestehender sozialistischer Gruppen oder wer dagegen ist, orientiert sich meist an traditionellen Vorstellungen von sozialistischer Organisation und Politik. Weder besteht Klarheit darüber, welche einzelnen sozialen Gruppen unter den gegenwärtigen Bedingungen und organisatorischen Möglichkeiten von der sozialistischen Linken poli-

tisch ansprechbar sind, noch über konkrete politische Programme und die heutigen und künftigen Betätigungsfelder und -möglichkeiten sozialistischer Gruppierungen.

Die Große Koalition hat neue Organisationsversuche oder Überlegungen darüber angeregt, an welchen die Orientierungslosigkeit der sozialistischen Linken wieder einmal überaus deutlich wurde.

Die theoretische Diskussion muß dazu beitragen, die politisch-organisatorische Hilflosigkeit zu verringern. Politische Positionen müssen sich der Kritik aussetzen, wenn sie konkret und präzise werden wollen. Theoretische Positionen müssen konfrontiert werden mit der Politik und Tradition der Arbeiterbewegung.

Die Hauptaufgabe einer „Zeitschrift für sozialistische Theorie und Politik" muß entsprechend sein, die Probleme der gegenwärtigen politischen Situation aufzunehmen und zu analysieren. Diese politische Aufgabe muß sich auf den Inhalt und die Struktur der Zeitschrift selbst auswirken. Ihre Beiträge können in Inhalt und Form dann nicht eine abstrakte „Wissenschaftlichkeit" anstreben. Die Verbindlichkeit für die aktuelle Diskussion unter den Sozialisten wächst vielmehr in dem Maße, wie die Auseinandersetzungen in der Zeitschrift lebendig genug sind, um aktive Teilnahme an der Diskussion anzuregen.

Die Redaktion einer solchen sozialistischen Zeitschrift kann keine interesselose Distanziertheit vorgeben und sich auf gleichsam neutrale Positionen zurückziehen. Sie muß Meinungen äußern und provozieren.

Je näher die Diskussion an der Situation der Sozialisten bleibt und je mehr sie sich um die Klärung der Bedingungen für sozialistische Politik bemüht, desto weniger wird es allerdings möglich sein, direkte Patentlösungen und fix und fertige Analysen zu präsentieren. Die Unsicherheit der politischen Arbeit selbst wird dann zum Ausdruck kommen in der Vorläufigkeit, Unvollständigkeit und möglichen Einseitigkeit der politischen Stellungnahmen.

Wir hoffen, daß viele Genossen, die die aktuellen politischen Orientierungsschwierigkeiten spüren, uns helfen werden.

Angesichts der dargestellten Zielsetzung der neuen Redaktion und auch der neuen Konstruktion in der Herausgeberschaft wird man im SDS mancherorts fragen, ob sich die Zeitschrift damit nicht mehr und mehr vom SDS entfernt. In diesem Zusammenhang ist in den bisherigen Diskussionen um die „neue kritik" viel die Rede gewesen von der Alterna-

tive: entweder Organ eines Studentenverbandes oder Zeitschrift für die sozialistische Linke. Abgesehen davon, daß sie bisher als Organ des SDS in nur sehr geringem Maße die Diskussionen im Verband widerspiegelte, besteht diese Alternative gar nicht. Die politische Kraft und das politische Bewußtsein des SDS waren nie ausschließlich von der Qualität und dem Umfang seiner hochschulpolitischen Diskussionen und Aktionen bestimmt. Auch in letzter Zeit war seine Anziehungskraft begründet in den Aktionen gegen die Notstandsgesetzgebung und die amerikanische Aggression in Vietnam. Aber selbst wenn hochschulpolitische Fragen eine größere praktische Bedeutung gewinnen sollten: solange der SDS die größte geschlossene Organisation der Sozialisten in der Bundesrepublik ist, werden die Möglichkeiten der Linken außerhalb der Hochschule wesentlich mitbestimmt von den Bedingungen des SDS. Einen abstrakten Gegensatz zwischen studentischer Organisation und außerhalb der Hochschule stehender sozialistischer Organisation mit einer den Studenten fremden Massenbasis gibt es für die Sozialisten in der BRD nicht.

Ebensowenig wie für den SDS eine Zeitschrift genügt, die sich auf hochschulpolitische oder seine eigenen organisatorischen Probleme beschränkt, kann eine Zeitschrift für die sozialistische Linke unter den heutigen Bedingungen die Probleme der Hochschule und des SDS übergehen.

Redaktion und Herausgeber glauben, durch Hinwendung zu konkreten politischen Problemen die „neue kritik" auch dem SDS wieder näherzubringen.

Militärputsch in Griechenland

Das Erstaunen darüber, daß im „Ursprungsland der Demokratie" eine Militärdiktatur herrscht, machte in den meisten westdeutschen Zeitungen bald der Erleichterung Platz, daß es sich dabei offenbar um ein Regime mit „patriotischen und sozialen Zielen" handle (F.A.Z.). Thilo Koch hielt in der „Zeit" den 21. April „nicht unbedingt" für den schwarzen Freitag in der Geschichte des Landes, weil es „sehr wohl möglich" sei, „daß der Putsch viel späteres Blutvergießen verhinderte", und die findige „Welt", jüngst zur Zeitung des Jahres gekürt wegen ihrer objektiven Berichterstattung, ließ die griechische Polizei 1500 Polizeiuniformen und englische Pfund in den EDA-Büros aufspüren: Das Abendland war durch den Putsch der Militärs noch einmal vor der kommunistischen Machtübernahme gerettet worden.

Merkwürdig mutet bei dieser Interpretation nur an, daß sich die solchermaßen mit Revolutionsplänen beschäftigte EDA, deren Mitglieder Linksliberale wie Kommunisten sind, offensichtlich völlig vom Putsch des Panzergenerals Patakos, der wie gehabt von einem Fallschirmspringerregiment unterstützt wurde, überraschen ließ. Über 6000 Politiker, Funktionäre und Gewerkschaftler wurden am Freitag und an den folgenden Tagen verhaftet, ein Teil von ihnen auf die Inseln Makronissos, Jura und St. Efstratios geschafft, die noch bis 1962 als Konzentrationslager gedient hatten. Über Athen, Saloniki und Kreta wurde der Belagerungszustand verhängt, in den Städten Militärgerichte eingesetzt, die auch für zivile Vergehen zuständig sind, die Todesstrafe für politische Verbrechen wiedereingeführt, Streiks und Vereinigungen mit gewerkschaftlichen Zielen verboten, die Pressezensur verhängt, die Parteien aufgelöst, die EDA und ihre Jugendorganisation Lambrakis, dazu die Jugendorganisationen des Zentrums und der rechtsradikalen ERE verboten und 281 Clubs und Vereine aufgelöst und deren Inventar und Vermögen beschlagnahmt. Angesichts dieser Schläge nach links und rechts fürchtete die NZZ eine „totale Entpolitisierung". Doch wurde Kanellopoulos, der Führer der ERE und mehrere Abgeordnete des rechten Flügels des Zentrums bald wieder ent-

lassen. General Patakos, nun Innenminister des neuen Regimes, gab bekannt, daß eine baldige Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie nicht beabsichtigt sei. Vielmehr wolle man, so präzisierte Kolias — das zivile Aushängeschild der Militärjunta — das Regierungsprogramm, die Brutstätten des gegenseitigen Hasses und Fanatismus isolieren, damit die übrigen Griechen geeint den Weg des Wiederaufbaus, der Pflichterfüllung und der Anständigkeit marschieren könnten (F.A.Z., 24. 4.). Wie Wilhelm II. kennt er von Stund an keine Parteien mehr. „Es gibt nur noch Griechen, die an Griechenland glauben, an ein nobles, höchstes und vollkommenes Ideal der wahren Demokratie und nicht der ‚Demokratie' der Straße, des Pöbels und der Anarchie."

Der Militärputsch beendete eine zweijährige permanente Krise, die ausgelöst wurde durch den Rücktritt Papandreous im Juli 1965. Papandreou, gestützt auf die absolute Mehrheit im Parlament, hatte vom König die Ablösung des Verteidigungsministers Garoufalias und einiger hoher Offiziere verlangt, um das Heer, die feste Stütze des Königs und der Rechten, zu demokratisieren. Der König weigerte sich und setzte kurzerhand ein neues Kabinett ein. Daraufhin kam es in Athen und in anderen Städten Griechenlands monatelang zu Streiks und Demonstrationen, bei denen die Polizei ausgiebig von Waffen aller Art Gebrauch machte. Der Student Sortiris Petrulas wurde getötet. Statt die geforderten Neuwahlen auszuschreiben, setzte der König eine Übergangsregierung nach der andern ein, bis schließlich das Kabinett Stefanopoulos, durch Bestechung einiger Zentrumsabgeordneter und Tolerierung durch die ERE, die Mehrheit im Parlament gewann. Doch ließ sich die soziale Krise durch politische Manipulationen nicht lösen. Der linke Flügel des Zentrums sammelte sich um Andreas, den Sohn Giorgios Papandreous, der offen die Einheitsfront aller demokratischen Kräfte propagierte. Im Gegensatz zu seinem Vater, der zwar mit Hilfe der EDA an die Macht gekommen war, sich aber dann energisch von ihr distanzierte und auch ihre ständige Unterstützung im Parlament nicht honorierte, scheute sich Andreas Papandreou nicht, auch mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Zwischen Oktober 1965 und August 1966 kam es zu 735 politischen und wirtschaftlichen Streiks, an denen ungefähr 650 000 Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligt waren. Selbst auf dem Land, wo unter dem Druck der Polizei, des Militärs und paramilitärischer Verbände wie der TEA die Opposition kaum die Möglichkeit zur Agitation hatte, kam es zur Radikalisierung. Allein in den ersten 8 Monaten des Jahres 1966 fanden 18 Bauerndemonstrationen statt, darunter die große Demonstration in Saloniki, bei der die mazedonischen Bauern mit Schleppern, Traktoren und Pferdekarren das Parla-

ment belagerten. Die endlich für den 28. Mai 1967 anberaumten Wahlen hätten wahrscheinlich einen großen Wahlerfolg Papandreous und der EDA gebracht, unter dem stärkeren Druck der Linken hätte sich dann Papandreou auch zu sozialen Zugeständnissen bequemen müssen — dies galt es zu verhindern. Die ersten Maßnahmen der Militärs, die sich vor allen Dingen gegen das Proletariat und seine Organisationen richteten, sprechen eine deutliche Sprache. Die Reaktion der Weltöffentlichkeit zeigte, daß Hilfe von außen nicht zu erwarten ist.

Die Nato-Länder, die jahrelang nichts gegen eine parlamentarisch kaschierte Diktatur einzuwenden hatten, zeigten sich durch das spektakuläre Panzerrasseln erschreckt, fanden aber bald eine Lösung für das Dilemma, mittels faschistischen Militärs die Freiheit zu verteidigen. Die Frage der Anerkennung des neuen Regimes, so verlautete aus Bonn, Washington und London, stelle sich nicht, da die Botschafter beim König akkreditiert seien, der nach wie vor seines Amtes walte. Um den König von der Komplizenschaft mit faschistischen Militärs reinzuwaschen, gab man sich wilden Spekulationen hin, die bis zu der Story à la James Bond reichen, daß man den Ahnungslosen mit vorgehaltenem Browning in einer Limousine gezwungen habe, dem neuen Regime sein Placet zu geben. Ob der König bis ins Detail über den Putsch unterrichtet war, ist völlig unerheblich. Das griechische Königshaus konnte nur mit Hilfe der Engländer und der zuvor von allen republikanischen Elementen gesäuberten griechischen Exilarmee nach Kriegsende auf den Thron zurückkehren und hat ihn nur mit Hilfe der Armee bis jetzt behaupten können. Auch über ihn sollte am 28. Mai entschieden werden.

Während die westlichen Gewerkschaften gegen die Unterdrückung der Rechte der arbeitenden Bevölkerung protestierten und die „Wiederherstellung der Demokratie" verlangten, beeilte sich der griechische Allgemeine Gewerkschaftsbund (GSEE), den König zu beglückwünschen zu seiner „patriotischen und historischen Initiative", die darauf abziele, dem Land in Zukunft seine Freiheit zu bewahren und die konstitutionellen und demokratischen Institutionen zu bewahren (NZZ, 27. 4.). Aber auch die westlichen Gewerkschaften wußten seit langem, daß die Führung des GSEE ein williges Werkzeug der Rechten war, sich nur durch Ausschluß jeder Opposition an der Macht hielt, von demokratischen Methoden nicht viel hielt und weit davon entfernt war, die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten oder gar deren legitimierte Sprecher zu sein.

Die sozialistischen Länder scheuten sich zwar nicht, das neue Regime faschistisch zu nennen, aber ihre Solidarität mit dem griechischen Volk blieb

rein verbal. Noch nicht einmal die diplomatischen Beziehungen wurden abgebrochen. Erst als die wahre oder lancierte Nachricht sich verbreitete, daß Manolis Glezos, ein Held des antifaschistischen Widerstands, hingerichtet werden sollte, empfing Außenminister Gromyko den griechischen Botschafter und erklärte, ein Todesurteil gegen Glezos würde die sowjetisch-griechischen Beziehungen belasten; und der sowjetische Rundfunk rief das griechische Volk zur Revolution auf.

Ob und in welchem Ausmaß es Widerstand gegen die Militärs gegeben hat oder noch gibt, läßt sich schwer sagen. Die sich täglich verschärfenden Gewaltmaßnahmen und Drohungen (z. B. standrechtliche Erschießungen für das Austeilen von „kommunistischen" Flugblättern und das „Kritzeln von kommunistischen Parolen") sind jedoch ein Indiz dafür, daß die Machtergreifung nicht so reibungslos verlaufen ist, wie die Proklamationen des Regimes glauben machen wollen. Helge Knüppel

Notstandsgesetzgebung und Notstandsopposition

Am 10. März verabschiedet das Kabinett der Großen Koalition den neuen Entwurf zur Änderung der Verfassung durch Notstandsartikel und für ein Gesetz zur „Einschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses". Die Parteiführung der SPD gibt kurz danach ihre Zustimmung kund; ebenso die Bundestagsfraktion der SPD, obwohl deren Mitglieder den Entwurf bis dahin nicht gesehen, geschweige denn diskutiert hatten.

Am 21. April empfangen die Parteioberen der SPD ihre Genossen aus der Führung des DGB und der Einzelgewerkschaften zur Diskussion der erneuerten Notstandspläne. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtet am 24. April in einem offensichtlich von der SPD inspirierten Artikel:

„Bei der Aussprache am Freitag haben die Sozialdemokraten zu verstehen gegeben, daß sie einerseits nach wie vor bereit sind, den gewerkschaftlichen Bedenken Rechnung zu tragen, andererseits aber den jetzt vorgelegten Entwurf als den äußersten Kompromiß ansehen, der den Unionsparteien gerade noch zugemutet werden kann." Der Vorgang zeigt, auf welche Weise die Führung der SPD die öffentliche, gewerkschaftliche und parteiinterne Kritik an den Notstandsplänen zu berücksichtigen gedenkt: auf der Basis der von ihr mit der CDU/CSU gemeinsam geschaffenen Tatsachen. Dementsprechend dürften auch, wenn es überhaupt dazu kommt, die unter dem Druck der öffentlichen Meinung immer wieder angekündig-

ten Hearings ausfallen, die nach der ersten Lesung der Entwürfe im Bundestag stattfinden sollen. Wer auch immer der Ehre teilhaftig wird, dort auftreten zu dürfen — und man darf gespannt sein, ob darunter jene Rechtslehrer und Sachverständigen sein werden, die an der Spitze der Kritiker stehen und deren Vertrauen haben —, diese „Diskussionen" sollen nach dem Willen ihrer Veranstalter von der Voraussetzung ausgehen, daß in dieser Legislaturperiode das Notstandsgesetz, und zwar als der „äußerste Kompromiß" verabschiedet wird, „der den Unionsparteien gerade noch zugemutet werden kann". So sehr man es auch immer in den Vordergrund stellen wird: diese Hearings sind nicht aus der Überzeugung geboren, daß jedes Komma und jeder Punkt der Verfassung sorgfältigst in breiter, öffentlicher Diskussion abgewogen werden muß, sonst wäre man nicht schon im Sommer 1965 drauf und dran gewesen, im Schnellverfahren das Grundgesetz umzustülpen. Ihren Ursprung haben diese Veranstaltungen in dem Wunsch, sich gegenüber der Kritik die Legitimation demokratischer Diskussion für die Veränderung der Verfassung überhaupt zu holen, zumal ein wesentlicher Teil der vorgesehenen Änderungen gegen Artikel 79 verstößt.

Gegenüber solchen Verhältnissen hat die Opposition gegen die Notstandsgesetze nur dann eine Chance, auch in dieser Legislaturperiode den Verfassungskampf für sich zu entscheiden, wenn sie selbst bereit ist, Tatsachen zu schaffen. Es hat dann Sinn, mit Regierungs- und Parteispitzen zu sprechen, wenn man durch eigene Aktionen zur Aufklärung der Bevölkerung sich zugleich für seine Argumente politische Kraft und damit den Boden schafft, von dem aus allein man überzeugend sprechen kann. Es hat dann Sinn, an öffentlichen Hearings teilzunehmen, wenn diese die Möglichkeit bieten und die Opposition die Voraussetzungen dafür entwickelt, die Kritik an der Öffentlichkeit bekanntzumachen.

Da die Notstandsopposition keine feste Organisation ist und nur ein Teil die tieferen Ursachen der Krise der politischen Demokratie kennt, bedarf es auch jetzt wieder relativ langer Zeit und angestrengter Aktivität der einsichtigsten und entschlossensten Gruppen, die Kritik an den neuen Entwürfen im Detail auszuarbeiten, den Anhängern bekanntzumachen und damit zugleich die von der Regierung noch vor Verabschiedung und Veröffentlichung des Entwurfs in großem Stil betriebene Verschleierungspropaganda zu zerreißen.

Die Gelegenheit zur Darstellung der Kritik an den Notstandsplänen in der Öffentlichkeit wäre allerdings mit dem 1. Mai gegeben gewesen, wenn die Führung des DGB das gewollt hätte. „Auf sozialem Kurs voran"

wurde jedoch ein Feiertag der Arbeit zelebriert, dessen wirkliche Devise hätte lauten müssen: „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht naß." Das Kunststück gelang: trotz Entlassungen, Kurzarbeit, Lohnminderungen, Steuererhöhungen, Angriffen auf die Sozialversicherung usw. ging der Regierungspelz der SPD trocken aus der Wäsche des Kampftages hervor. Zum Ausgleich durfte der bayerische CSU-Ministerpräsident neben Ludwig Rosenberg auf der Kundgebung in München das Wort nehmen. Was Wunder, daß die Kundgebungen, sofern solche überhaupt noch stattfanden, immer öfter zu Demonstrationen der Schwäche und zum Anlaß von Resignation werden? Was Wunder, daß im Maiaufruf kein Platz für das Nein zu den Notstandsplänen war?

Trotz dieses Verhaltens des DGB-Bundesvorstandes hätte dieser 1. Mai zur Demonstration gegen die Notstandsgesetze werden können, wenn die politische Linke mit einem klaren Programm zu seiner Unterstützung aufgetreten wäre. Der Zentralausschuß des Ostermarsches hat wenigstens noch mit einigen Zeitungsanzeigen die Ostermarschierer aufgefordert, an den Maikundgebungen teilzunehmen und damit gegen die Notstandsgesetze zu demonstrieren. Aber auch das war zu wenig und zu spät. Wäre frühzeitig, wenigstens an den geeigneten Orten, versucht worden, das Bündnis von Wissenschaftlern, Intellektuellen, Kirchenmännern und Gewerkschaftern für den 1. Mai nutzbar zu machen, dann hätte dies mindestens befruchtend wirken können. Dann wären hier und da Professoren, Intellektuelle, Pastoren usw. gemeinsam mit Gewerkschaftern an der Spitze von Demonstrationszügen gegangen, hätten Professoren sich den Sprechern der Gewerkschaften auf den Kundgebungen beigesellt, wären Studenten und Schüler für den 1. Mai mobilisiert und damit auch über ihn aufgeklärt worden, dann hätte der Versuch gemacht werden können, auch die Gegner der Notstandsgesetze zur Beteiligung an den Maikundgebungen zu gewinnen, die den Gewerkschaften sonst nicht folgen, dann wären insbesondere die Energie, die Phantasie und der Schwung, den die jugendliche politische Bewegung zu entfalten vermag, den Maikundgebungen zugute gekommen.

Es ist um so mehr notwendig, daß die politischen Kräfte der Notstandsopposition aus diesem Versäumnis lernen, als es dabei nicht allein um den 1. Mai, sondern exemplarisch überhaupt um ihr Verhältnis zu den Gewerkschaften geht. Diese sind der politisch wichtigste, aber auch der schwerfälligste Teil der Notstandsopposition. Zwar ist die Stellung zu den Notstandsgesetzen, deren gesellschaftlicher Logik folgend, unter den engagierten Gewerkschaftern zur Kardinalfrage geworden, an der sich

die Geister zwischen denen scheiden, die lediglich im Rahmen des kapitalistisch vorgegebenen Gemeininteresses wirken, und denen, die im Bewußtsein kapitalistischer Verhältnisse die Interessen der abhängigen Bevölkerung vertreten wollen. Daraus ergibt sich für den letzteren Teil der Gewerkschafter ein hohes Maß der Verbindlichkeit ihres Engagements gegen die Notstandsgesetze. Das heißt aber, daß der Kampf gegen die Notstandsgesetze letzten Endes in den Gewerkschaften immer nur soviel Rückhalt finden kann, wie in diesen autonomes Interessenbewußtsein, die Bereitschaft und Kraft vorhanden sind, für die Interessen der Arbeitnehmer und gegen die herrschenden zu kämpfen. Die politische Frage der Notstandsgesetzgebung ist insofern auch praktisch eng verknüpft mit den wirtschaftlichen und sozialen Auseinandersetzungen. Schwächen der Gewerkschaften in ihren ökonomischen Aktionen bedeuten auch Schwächen ihrer politischen. Letzten Endes werden sich die nichtgewerkschaftlichen Notstandsgegner die Frage stellen müssen, ob es nicht im Interesse der Demokratie notwendig wäre, die Gewerkschaften auch in ihren ökonomischen und sozialen Auseinandersetzungen zu unterstützen. Der Kampf um die Verfassung ist bereits jetzt ein Kristallisationspunkt, der den Gewerkschaften neue Kräfte zuführt, der die Elemente festeren und klaren Bewußtseins über ihre gesellschaftliche Lage stärkt und sie damit auch als soziale Interessenvertretung unterstützt.

Der Protest der Jugendlichen, Studenten und Professoren gegen die Notstandsgesetze ist zwar Reaktion auf die allgemeine Repression des Spätkapitalismus, er hat seine Ursache in dem daraus hervorgehenden allgemeinen Unbehagen als der Ahnung von diesen Verhältnissen, er findet aber für viele seine erste politische Form in der Ablehnung der Notstandsgesetze. Dieser Teil der Opposition ist daher radikal und schwankend zugleich. Nach jeder neuen Welle des Protests, der Erweiterung dieser Gruppe, die jede weitere Verschärfung der Krise der politischen Demokratie als Gegenbewegung hervortreibt, wird beispielsweise regelmäßig die Forderung erhoben, die Kritiker der Notstandsvorlagen sollten eigene Vorschläge machen, um so das Schlimmste zu verhüten. Weder machen solche Aktivisten sich klar, daß sie damit generell der Verfassungsänderung die Weihe „kritischer Zustimmung" geben, noch sehen sie, daß die strenge, detailliert belegte Ablehnung jeder Verfassungsänderung, selbst dann, wenn sie nicht ganz durchdringt, mehr erreichen wird, weil nur sie energische, klare Gegenaktionen ermöglicht. Noch in der sicheren Erwartung der Niederlage — und diese droht freilich mehr denn je — wäre es also falsch, für das Linsengericht einiger Scheinzugeständnisse alles das zu diffamieren, was man selbst jahrelang vertreten hat. Das Bewußtsein der

Niederlage kann der Ausgangspunkt für weitere Kämpfe sein, wenn dieses Bewußtsein die Einsicht in die Ursachen der Niederlage einschließt.

Die Gegenseite dieser Erscheinung stellen dann diejenigen dar, die ohne Ansehung der Voraussetzungen fortlaufend Massenaktionen fordern und erwarten und die dann leicht nur noch eine Aktion kennen: die des Generalstreiks auf Teufel komm raus.

All dies hält nur von den wirklichen Aufgaben und Möglichkeiten ab. Selbstverständlich müssen diese Gruppen der vorwärtsdrängende und weitertreibende Teil der Bewegung sein. Dazu gehört, daß sie nicht auf den letzten Fußkranken warten, daß sie ideell und praktisch vorangehen, aber immer auch noch so, daß sie damit der Gesamtbewegung wirklich Beine machen.

Es ist die viele, unscheinbare, kleine Arbeit, wie sie jetzt seit einigen Wochen wieder intensiv eingesetzt hat, die für große Aktionen die Kraft schafft. Auf Spontaneität ist kaum, allenfalls eben bei den Studenten und Jugendlichen zu rechnen. Das Ergebnis dieser Arbeit politisch gegenüber dem Gegner wirksam machen und zugleich einen neuen, selbst wegweisenden Punkt in der Entwicklung der Opposition setzen — das können aber nur zentrale, einheitliche Aktionen, wie der Kongreß im Oktober vorigen Jahres es war. Er hat beide Bedingungen erfüllt und deshalb in der Öffentlichkeit und als Voraussetzung oppositioneller Politik über sich hinaus wirken können.

Wenn aber nicht ausgehend von diesem Kongreß und damit vom Kuratorium Notstand der Demokratie die Initiative ergriffen wird für eine weitere Herbstaktion, dann muß auch der Erfolg vom vorigen Jahr verblassen und in sich zusammenfallen.

Wie in den vergangenen Jahren, so können es auch jetzt nur die Wissenschaftler und Intellektuellen sein, die die Initiative ergreifen. Erst das könnte zur Folge haben, daß der Bundesvorstand des DGB — so wie schon durch den Notstandskongreß — Beine bekommt und sich zu einem Kraftakt aufrafft (wie im Januar die Podiumsdiskussion in Bonn). Der 1. Mai, die bislang fehlende Stellungnahme des DGB zu den neuen Entwürfen lassen keinen anderen Schluß zu, obwohl formell doch die Einheitlichkeit der gewerkschaftlichen Ablehnung jetzt größer sein müßte denn je, da die neuen Entwürfe in wesentlichen Punkten auch gegen die Forderungen jener Minderheit verstoßen, die sich beim DGB-Kongreß in Berlin auf partielle Kritik beschränken wollte.

Der Anstoß für die nächste gemeinsame Aktion kann nur und muß auch

diesmal von den Wissenschaftlern und Professoren kommen. Sie sind nicht nur Sachverständige, die ihre Kenntnisse für eine beliebige Oppositionspolitik zur Verfügung stellen. Sie sind Repräsentanten einer eigenen politischen Tendenz innerhalb der Opposition gegen die Notstandsgesetze, Repräsentanten der Gruppen, die ihren politischen Ausgangspunkt in der Opposition gegen die Notstandsgesetze haben, und die zerfallen müßte, wenn es nicht zu weiteren einheitlichen gemeinsamen Aktionen käme. Die Wortführer der Wissenschaftler und Intellektuellen müssen sich auf den Standpunkt dieser Bewegung stellen und daraus ihre praktischen Konsequenzen ableiten. Helmut Schauer

Worte des Vorsitzenden Mao

Endlich ist das adäquate Ostermarschabzeichen für junge, vom Kurs der Alten abgekommene Sozialisten, Antikapitalisten, Revolutionäre, Studentenfunktionäre und SDSler da. Die Inhaltsangabe ist überflüssig; wenn dieses Heft erscheint, werden so gut wie alle Leser dieser Zeitschrift die Worte des Vorsitzenden besitzen, einige sogar einige Worte studiert haben, natürlich im roten Plastikeinband von Guozi Shudian. Das macht die Worte erst zum Abzeichen. Einige alerte SDSler haben sie in Tausenden von Exemplaren von Peking mit Pakistan Airlines kommen lassen, inzwischen kennt man ja die Verbindungen; die Zöllner haben ganz schön dumm geschaut, aber die Staatsanwälte haben immer am nächsten Tag für „durchlassen" entschieden.

„Genosse Mao Tse-Tung ist der größte Marxist-Leninist unserer Zeit." Mit diesem Wort fängt die Auswahl an. Dieser Satz ist ohne Zweifel richtig; immer mehr Sozialisten in den westeuropäischen kapitalistischen Ländern erkennen seine Richtigkeit, und die Jungen, die zu Sozialisten werden, sind seit einem halben Jahr von Anfang an „Chinesen". Als ob sie spürten, daß Mao Tse-Tung der größte Marxist-Leninist unserer Zeit ist. Wie konnten die „Chinesen" diesen Siegeszug einleiten, sie, die doch so verketzert werden, auf die sich der Antikommunismus konzentriert hat, sie, die primitiv, atavistisch, abenteuerlich und gelb sind? Ohne Zweifel — da die wenigsten der neu zur antikapitalistischen Bewegung kommenden Jungen die Auseinandersetzung und die Widersprüche zwischen „traditioneller" sozialistischer und „chinesischer" Theorie auf-

zuarbeiten die Gelegenheit hatten — in einer primär unpolitischen Identifikation. Diese Identifikation aufzulösen und in eine politisch rationale Entscheidung zu überführen, ist dieser Band nicht geeignet. Es stehen so viele wunderschöne Sätze darin, wie man in der Peking Rundschau wunderschöne und einem ins Herz gehende Märchen und Volksweisheiten lesen kann. Aber damit führt man keinen revolutionären Kampf im eigenen Land; damit kann man sich nur trösten; das ist recht so, aber auch gefährlich. Es besteht aktuell die Gefahr, daß jeder dahergelaufene Student und jeder muntere Jugendliche nach dem ersten Mißerfolg oder nach dem ersten Erfolg der ersten politischen Aktion, an der er sich beteiligte, die Bibel aufschlägt und jeden anderen Interpreten „widerlegt". Noch vor einem halben Jahr hätte es niemand gewagt, auf einer SDS-Versammlung sich auf Mao mit einem Zitat zu berufen, heute geschieht es ständig, aber unter affektiertem Gelächter des Lesenden und der Hörenden. Jetzt müssen wir lernen, ihn richtig zu lesen: aus der Revolution der Dritten Welt zu lernen. Die Werke Mao Tse-Tungs sind unerschöpflich reich; er ist ganz gewiß der größte Theoretiker und der größte Revolutionär seit Lenin. Wir müssen seine Aufsätze ganz lesen.

Reimut Reiche

Zu den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU Berlin

In der Nummer 38/39 dieser Zeitschrift habe ich die Kernpunkte und die Voraussetzungen für die „Hochschulpolitik" des SDS dargestellt. Die Auseinandersetzungen an der Freien Universität zwischen Studentenschaft und Universitätsbürokratie sind nun in ein Stadium eingetreten, das für die Situation der Universitäten in der BRD völlig neu ist und uns vor neue Aufgaben stellt. — Ich schreibe diesen Bericht auf dem Stand der Auseinandersetzungen vom 30. 4. 1967. Der Konflikt ist im Gang; es ist nicht zu sehen, ob er seinen Höhepunkt noch nicht erreicht oder bereits überschritten hat.

In der Nacht vom 19. zum 20. April 1967 rief der Rektor der FU zur Auflösung einer Protestversammlung von etwa 1500 Studenten im Hauptgebäude der Universität die Polizei zur Hilfe. Zwei Tage später leitete er Disziplinarverfahren gegen fünf an dieser Versammlung beteiligte Studenten ein, von denen er annahm, daß sie die „Rädelsführer"

der Versammlung waren. Zugleich wurde bekannt, daß der Rektor der FU in Zusammenarbeit mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister, dem Senator für Inneres und dem Senator für Wissenschaft und Kunst einen Befriedungsplan mit mehreren Stufen für die FU ausgearbeitet hat. Dieser Befriedungsplan sieht zunächst exemplarische Relegationen von „Rädelsführern" vor — 200 bis 300 halten die Planer für die „Idealzahl"; sollten diese Relegationen nicht die Befriedung erbringen, so denkt man an über 1000 Relegationen, wobei sich Mitglieder politischer Hochschulgruppen bevorzugter Abfertigung erfreuen werden; ist auch dann der Sumpf nicht trockengelegt, so ist die vorübergehende Schließung der FU vorgesehen.

Es ist müßig zu spekulieren, ob die Befriedungsplaner an diesem Plan selbst festhalten werden oder nicht. Zweifellos hat jedoch die hochschulpolitische Auseinandersetzung an der FU mit der Reaktion der universitären und städtischen Administration auf das sit-in vom 19. 4. 67 eine neue Qualität erlangt: Die hochschulpolitische Auseinandersetzung ist zu ihrem — abstrakt anmutenden — Hauptinhalt vorgestoßen: zur Autoritätsfrage als Machtfrage.

Daß diese Ebene der Auseinandersetzung jetzt erreicht wurde, ist mehr der „Radikalisierung" der Administration und der Professoren zu danken, als der der Studenten. Dies zeigt sich deutlich in der relativen Ratlosigkeit von AStA und Konvent angesichts der neuen Situation. Der AStA und die Mehrheit der Konventsabgeordneten plädieren angesichts der verschärften Drohungen für „Dampf-Abblasen" und Leisetreten. Die Argumentation, wenn nicht Rationalisierung, dieses Rückzugs verrät das Mißverständnis hinsichtlich der eigenen hochschulpolitischen Konzeption: „Die Machtprobe mit dem Rektor ist keine Hochschulpolitik"; „das Aufgreifen der Disziplinarfälle führt zu einer nicht wünschenswerten Personalisierung des Hochschulproblems"; „es gilt jetzt, mit konkreten Vorschlägen zur Studienreform und zur institutionellen Struktur der Universität hervorzutreten"; selbst Mao muß herhalten: „Man darf sich nicht auf die Schlacht einlassen, die der Gegner anbietet", usw.

Es wurde also zunächst nicht begriffen, daß die akademische Seite entschlossen ist, ein hochschulpolitisches Engagement der Studenten außerhalb der Kanäle, die sie für ungefährlich hält, nicht mehr zu tolerieren. Und es wurde zunächst nicht begriffen, daß damit von der akademischen Seite selbst ein entscheidendes Problem der „Hochschulreform" erneut gestellt wurde: **Die Unantastbarkeit der bestehenden Herrschaftsstruk-**

tur im nicht konkret bestimmten Prozeß der Wandlung der Universität. Angesichts der sinnlichen Deutlichkeit dieser Position der akademischen Seite — Polizeieinsatz — ist jedes Zurückwenden der studentischen Aufmerksamkeit auf Studienreformfragen, auf Fragen der Reform „an der Basis" keine „Konkretisierung" des Konflikts, sondern bedeutet, dem Konflikt auszuweichen. Ausweichen jedoch in einem Augenblick, in dem die akademische Seite unmißverständlich die Alternative vorgeschrieben hat: Machtprobe oder Unterordnung. Dabei ist es klar, daß das Ergebnis einer Machtprobe nicht die Machtübernahme an der Universität durch die Studenten sein kann; aber das Ergebnis, das wünschenswert ist und realistischerweise erzielt werden kann, ist die Herbeiführung einer Situation, in der die Ohnmacht der universitären Administration und der Professoren offenkundig wird. Diese Situation ist dann gegeben, wenn die akademische Seite die Universität vorübergehend schließen muß, denn das würde zeigen, daß die Professoren und die universitäre Administration nicht gegen den Willen der Studenten Herr der Universität sein können.

Die Position der akademischen Seite kann jetzt nur dann noch einige Stärke haben, wenn sie hinsichtlich der Relegationen ungestört eine die studentische Solidarität zerstörende Salami-Taktik anwenden kann. Sie wird diese Taktik nicht mehr anwenden können, wenn sie jetzt mit einem ihre Autorität negierenden studentischen Protest solchen Ausmaßes konfrontiert wird, daß es ihr aussichtslos erscheint, der mehrtausendköpfigen Hydra einen Kopf nach dem anderen abzuschlagen. Diese Machtprobe muß deswegen mit aller Anstrengung gewagt werden, damit sich die Hydra, die Studentenschaft, dieser ihrer Stärke bewußt wird.

Die Situation an der FU zeigt zugleich das Gefährliche der in einigen SDS-Gruppen entwickelten Ansicht, daß eine majoritäre Hochschulpolitik notwendig eine „sozialdemokratische", „revisionistische" Hochschulpolitik sei. Eine minoritäre Hochschulpolitik wäre der Relegations-Salami-Taktik der akademischen Seite, die einen Isolierungsversuch darstellt, hilflos preisgegeben. Es ist kindischer Radikalismus, zu denken, eine bewußte und entschlossene Minderheit könne die Auseinandersetzung an der Universität ohne die Unterstützung eines relevanten Teils der Studentenschaft führen. Die Frage der Breite der Massenbasis in der Studentenschaft ist allein kein Gradmesser des politischen Charakters einer Hochschulpolitik. Vielmehr bestimmt sich dieser Charakter aus der Fähigkeit, die Auseinandersetzung um die tatsächlichen Probleme der

Universität, also vor allem auch um die Autoritätsfrage, wirkungsvoll führen zu können. Dazu ist sowohl eine Mindestbreite der Massenbewegung erforderlich wie auch eine Agitation und eine Aktionsstrategie, die diese Massen bereitmacht, die entscheidenden Auseinandersetzungen zu wagen.

Das Gefährliche an dem Minoritäts-Konzept war in den jüngsten Auseinandersetzungen an der FU auch praktisch zu bemerken. Die Erinnerung an die verschiedenen Aktionen der „Horror-Kommune" erschwerte die eindeutige Solidarisierung auch der Teile der Studentenschaft, auf die sonst problemlos zu rechnen gewesen wäre. Daß diese Teile der Studentenschaft sich angesichts des offenkundig faschistoiden Verhaltens der Polizei, der universitären Administration und der Berliner Presse schließlich doch eindeutig engagierten, ist sowenig ein Verdienst der „Horror-Kommune" wie die jüngste Auseinandersetzung an der FU selbst, die bislang für die Öffentlichkeit verdeckte, daß die „Horror-Kommune", aber auch die „Polit-Kommune", den Berliner SDS an den Rand der Aktionsunfähigkeit gebracht haben.

Daß es dem Rektor und der universitären Verwaltung gelang, innerhalb von zwei Tagen das strategische Bündnis mit dem Berliner Senat herzustellen, war keine Wirkung der Stärke der akademischen Seite, sondern ihrer Schwäche. Der Rektor hatte am 19. 4. 1967 die Polizei zur Hilfe rufen müssen; die Polizei brach jedoch zur Empörung von Rektor und Akademischem Senat die Räumung des Hauptgebäudes ab und erklärte, daß sie keinen Privatkrieg mit den Studenten führen wolle, sondern eine „konzertierte Aktion" von universitärer Verwaltung, Polizei und Justiz verlange. Als daraufhin der Rektor mit den politischen Instanzen West-Berlins Kontakt aufnahm, um sich über die Unbotmäßigkeit der Polizei zu beschweren, mußte er notwendig den Vorschlag der Berliner Senatoren als ein Entgegenkommen akzeptieren, eine gemeinsame Aktion gegen die Studenten mitdurchzuführen.

Daran ist nicht so sehr interessant, daß die professorale Seite ihr „ceterum censeo" von der Autonomie der Universität vergißt, wenn die Studenten die professorale Autorität in Frage stellen, als vielmehr, daß die Ministerialbürokratie — entgegen aller technokratischen Vernunft hinsichtlich der Universitätsreform — offenbar in der professoralen Selbstherrschaft ein nicht preisgebbares Bollwerk gegen die oppositionelle Studentenschaft erblickt. In dem Maße, wie dies durch die jüngsten Berliner Ereignisse deutlicher geworden ist, wird für die Studenten auch die Notwendigkeit dringlicher, praktische Möglichkeiten zu finden, um den

programmatischen Satz der Berliner Hochschulresolution (vom 7. 1. 1967, vgl. SDS-Korrespondenz 5) einzulösen: „Der Erfolg dieser (Hochschul-)Strategie bemißt sich nicht allein an den zugestandenen Mitbestimmungsrechten, an der Verhinderung reaktionärer Reformen, sondern an der in diesem Kampf zu gewinnenden **Solidarisierung und gemeinsamen politischen Aktionen der verschiedenen oppositionellen Gruppierungen in der Gesellschaft.**"

Wolfgang Lefèvre

Resolution des Berliner Landesverbandes zur Suspendierung der „Kommune"

Am Nachmittag des 3. 5. 1967 haben der Vorstand der SDS-Gruppe an der Freien Universität Berlin und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS mit ausdrücklicher Zustimmung des Bundesvorstandes des SDS folgenden Beschluß gefaßt:

Der Landesvorstand des SDS suspendiert mit sofortiger Wirkung die ihm bekannten Verfasser der mit „SDS" unterzeichneten Flugblätter (durchnumeriert mit 1—5) von ihren aktiven und passiven Mitgliedsrechten. Der Bundesvorstand des SDS schließt sich der Suspendierung an. Zu diesem Beschluß geben der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS und der Bundesvorstand des SDS folgende Erklärung ab:

Die Auseinandersetzungen an der FU haben seit dem 19. 4. 1967 eine noch nicht dagewesene Verschärfung erfahren. In dem Maße, wie in den vergangenen zwei Jahren die Studenten den Vertröstungen und Versprechungen der Universitätsbürokratie hinsichtlich der von den Studenten seit nunmehr 22 Jahren geforderten und konkret konzipierten Hochschul- und Studienreform den Glauben versagten und Einlösung der Versprechen anstelle neuer leerer Versprechungen forderten, in dem Maße befleißigte sich die Universitätsbürokratie — offenkundig unfähig, auch nur rational über Reformen mit den Studenten zu diskutieren — einer sich zunehmend verschärfenden Restriktionspolitik gegen die unruhig gewordene Studentenschaft. Dank dieser Politik der Universitätsbürokratie reduzierte sich am 19. 4. 1967 die hochschulpolitische Auseinandersetzung auf ihren abstrakten Kern; auf die Frage nämlich,

ob die wissenschaftliche Anstalt Universität nach dem Gesetz der rationalen Auseinandersetzung unter in dieser Auseinandersetzung Gleichen zu strukturieren ist oder aber nach dem Gesetz, daß im Zweifelsfalle die institutionelle Autorität entscheidet. In der Tat ist der Einsatz der Polizei, sind finanzielle Restriktionen, sind Disziplinarverfahren, sind die bekanntgewordenen Befriedungspläne von akademischer und städtischer Administration, ist der Versuch des Rektors, die Urabstimmung durch Manipulation des Instituts Disziplinargerichtsbarkeit für sich zu entscheiden, der adäquate Ausdruck der hochschulpolitischen Position der Universitätsbürokratie: die Unantastbarkeit der professoralen Autorität, die jeder ernstzunehmenden Reform zum Opfer fallen müßte.

Ein Teil der in dieser Auseinandersetzung von der Universitätsbürokratie angewandten Droh-, Einschüchterungs- und Isolierungstaktik gegenüber der unruhig gewordenen Studentenschaft ist der inzwischen permanent gewordene Versuch, dem SDS an der FU die Förderungswürdigkeit zu entziehen. Daß sich die Berliner Administration an diesen Einschüchterungsmanövern, wie etwa an der Kürzung der AStA-Finanzen, wie an den Disziplinarverfahren, wie an der Kampagne gegen den SDS, aktiv beteiligt, kann nicht verwundern, wo die Bewegung in der Studentenschaft sich in zunehmendem Maße und konsequent auch gegen die politischen Instanzen und Kräfte richtet, die in der autoritativen Universität eine Stütze ihrer eigenen demokratiefeindlichen Politik erblicken.

Da der SDS im Unterschied zur akademischen und städtischen Administration weiß, daß für die Unruhen in der Universität keine Rädelsführer verantwortlich sind, sondern der desolate Zustand der Universität, unternimmt der SDS konsequent den Versuch, die unzufriedenen Studenten der Universität über die Ursachen ihrer Unzufriedenheit aufzuklären und mit ihnen gemeinsam herauszufinden, in welcher Weise die Studenten ihre Unzufriedenheit praktisch artikulieren können. Diesen Versuch betrachtet der SDS als die adäquate politische Antwort auf die Versuche der städtischen und universitären Administration, der Auseinandersetzung über die Hochschulreform auszuweichen, indem sie mit exemplarischen Bestrafungen, sei es gegen Individuen, sei es gegen einen politischen Studentenverband, die auf Hochschul- und Studienreform dringenden Studenten einzuschüchtern und ihre Solidarität zu zerstören anstreben.

Der SDS weiß, daß er in dieser Auseinandersetzung nur dann eine trei-

bende Kraft sein kann, wenn er in seinem eigenen Verbandsleben die demokratische, rationale Diskussion zum Zentrum macht und die Spontaneität und Selbsttätigkeit seiner Mitglieder unterstützt. Deswegen lehnte und lehnt der SDS es ab, die teilweise mit faschistoiden Kampagnen seitens der Berliner Administration und des überwiegenden Teils der Berliner Presse begleiteten Aufforderungen der Universitätsbürokratie zu befolgen, sich exponierende Mitglieder des SDS auszuschließen, auch wenn der SDS in seiner Gesamtheit die Aktionen dieser Mitglieder nicht billigte. Denn der SDS weiß, daß nur die demokratische Auseinandersetzung gerade auch mit politisch falschen Aktionen ihm im damit verbundenen politischen Lernen weiterhelfen und ihn stärken kann.

Allerdings erfordert dies Prinzip der demokratisch argumentierenden Auseinandersetzung im Verband, daß sich alle Gruppierungen im SDS an dieses Prinzip halten. Es stellt keinen Beitrag zu dieser innerverbandlichen Auseinandersetzung dar, wenn eine Gruppierung im Berliner SDS zum wiederholten Male versucht, den Verband mit vollendeten Tatsachen zu konfrontieren. Im Fall der Verfasser der mit „SDS" unterzeichneten durchnumerierten Flugblätter kommt hinzu, daß der Politische Beirat des Berliner SDS am 29. 4. 1967 die Schritte des SDS während der Urabstimmung diskutiert hat und mehrheitlich zu dem Ergebnis gekommen ist, daß Flugblätter dieser Art mit der Politik, die der SDS hinsichtlich der Urabstimmung verfolgt, nicht vereinbar sind. Deswegen hätten die Verfasser der in Frage stehenden Flugblätter keinesfalls die Unterzeichnung „SDS" wählen dürfen. Der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS suspendieren die aktiven und passiven Mitgliedsrechte der Flugblattverfasser, weil sie sowohl im Hinblick auf die Auseinandersetzungen an der FU wie auch im Hinblick auf die weitere Entwicklung des Berliner SDS nicht zu dulden bereit sind, daß die demokratische Auseinandersetzung im Verband durch Überrumpelungsmanöver ersetzt wird. Der Vorstand der SDS-Gruppe an der FU und der Vorstand des Landesverbands Berlin im SDS werden auf der Landesvollversammlung, die in Kürze stattfinden wird, den Antrag stellen, die Verfasser der Flugblätter aus dem SDS auszuschließen.

Reimut Reiche/Peter Gäng

Vom antikapitalistischen Protest zur sozialistischen Politik

Es ist in absehbarer Zeit nicht damit zu rechnen, daß die abhängigen Klassen in den spätkapitalistischen Ländern aus sich heraus die Kraft zu einer revolutionären Umwälzung der Gesellschaft entwickeln werden. Die Ursachen dieser Schwäche sind oft analysiert worden: von der Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch den Faschismus, der Schwächung der Gewerkschaftsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg bis hin zu den ständig sich verfeinernden Manipulations- und Integrationstechniken. Daß heute so viele „Gesellschaftskritiker" nicht zu sozialistischen Theoretikern werden (und so wenig „kritische" Soziologie — usw. Studenten zu Sozialisten), sondern auf die Analyse der Überbauphänomene geradezu fixiert sind, ist selbst Ausdruck dieser Schwäche.

Der Charakter des Klassenkampfes in der Bundesrepublik wird in der nächsten Zeit für die beteiligten Individuen aus den abhängigen Schichten so wenig klar und eindeutig sein, oft sogar so unsichtbar oder uneinsichtig bleiben, daß aus den möglichen Einzelerfolgen oder Niederlagen in diesem Kampf keinerlei direkte Ableitungen bezüglich der Methodenwahl oder der Organisationsformen möglich sein werden. Das gilt von einzelnen Streiks bis zu fast schon „plebiszitären" Aktionen an den Hochschulen. Das wird auch noch gelten, wenn sich in nächster Zeit die Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und ihren „Tarifpartnern", zwischen Studenten und Universitätsbürokratie, zwischen radikaldemokratischen Bürgern und Staatsautorität verschärfen sollten.

Wenn aber in absehbarer Zeit keine Kämpfe stattfinden werden, als deren unmittelbare Frucht die Notwendigkeit zu einer revolutionären Massenpartei entstehen wird, und erst recht nicht ein Ergebnis dieser

Kämpfe, das auf eine Transformation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine sozialistische hinausläuft, dann muß man neue Arbeitsformen finden, wenn man nicht resigniert „traditionell" oder hoffnungsvoll „chinesisch" warten will. Es wird in der nächsten Zeit nicht einmal durchgängig möglich sein, die Richtigkeit oder Falschheit einer Konzeption schlüssig nachzuweisen, die Angebrachtheit oder Unangebrachtheit einer Organisationsform stringent herzuleiten. Das muß zwangsläufig so sein, in einer Zeit und in einem Land, wo der Klassenkampf sich so verdeckt, so aktiv von oben und reaktiv von unten abspielt, daß als praktisches Korrektiv der Methode sich nicht mehr der Sieg, sondern die Vermeidung einer Niederlage (und dies nicht einmal unmittelbar) darstellt. Heute kann bei uns jeder x-beliebige Sektierer irgendeine gesellschaftliche Gruppe als revolutionäres Subjekt präsentieren, ohne daß man ihm die Falschheit seiner Konzeption durch den Hinweis auf ein „aktuelles" revolutionäres Subjekt nachweisen kann. Die Suche nach dem revolutionären Subjekt schießt um so mehr ins Kraut, als man es selbst beim besten Willen in der BRD oder in anderen spätkapitalistischen Ländern nicht finden kann. Es lohnt sich nicht, weiter zu suchen, es hilft nichts, sich an irgendwelchen belgischen Streiks, französischen Universitätsrevolten oder Schweigemärschen im Ruhrgebiet aufzugeilen.

Was sich lohnt, ist: Ausgehend von der aktuellen Kraft und basierend auf den aktuellen Tendenzen eine Opposition zu organisieren, die so arbeitet und mit einer solchen Programmatik antritt, daß sie für Ostermarschierer und linke Jugendliche, für linke Gewerkschaftler und SPD-Genossen, für sozialistische Studenten und Schüler gleichermaßen attraktiv ist, weil sie ihre Interessen und ihre Widersprüche zu formulieren versteht und sich für sie einzusetzen vermag. Auszugehen ist dabei von den gegenwärtigen gesellschaftlichen Prozessen und der Arbeit oppositioneller Kräfte. Nur von daher ist die Organisationsfrage zu bestimmen. Sie stellt sich nicht als Organisierung „oppositioneller und sozialistischer Gruppen", sondern als Organisierung antikapitalistischer Aktionen innerhalb eines sozialistischen Konzepts.

I

Man konnte den Konflikt zwischen den kapitalistischen und den sozialistischen hochindustrialisierten Ländern in der Epoche des Kalten Kriegs interpretieren als Externalisierung des Klassenkampfes. „Externalisierung" meint dabei: Statt Klassenkampf im Innern eines kapitalistischen

Landes, Aufbau eines äußeren Feindes; die Bekämpfung dieses Feindes wird als die primäre Aufgabe der Nation dargestellt, hinter der Binnenkonflikte wie politische Lohnkämpfe usw. zurückzutreten haben. Wenn sich nun die „friedliche Koexistenz" als politisches Prinzip wirklich durchsetzt, kann dies langfristig durchaus günstigere Randbedingungen für die Belebung des Klassenkampfes im Innern des Landes schaffen. Diese mögliche Wirkung der sowjetischen Koexistenzpolitik darf man — bei allen Vorbehalten im Hinblick auf die antikoloniale Revolution in der Welt — nicht unterschätzen. Es ist darum bestimmt kein Zufall, daß mit dem Abbau des äußeren Feindes „Sowjetunion" in den Vereinigten Staaten ein neuer Feind, „China", aufgebaut wird. Ebenso ist es kein Zufall, daß in der Bundesrepublik die Entspannungsbemühungen nach dem Osten zeitlich zusammenfallen mit der Schaffung eines der Anlage nach perfektionistischen Instrumentariums zur Neutralisierung etwa neu entstehender Klassenkämpfe: die Formierung der Gesellschaft von der Notstandsgesetzgebung über Stabilisierungsgesetze bis zum politischen Strafrecht usw. Ähnliche Erscheinungen in den anderen kapitalistischen Ländern deuten darauf hin, daß sich die Herrschenden vorbeugend auf solche „Verschärfungen des Klassenkampfes" vorbereiten. Gleichzeitig drohen aber die Gewerkschaften, mindestens unbewußt, immer mehr zu einer systemstabilisierenden Kraft zu werden; gleichzeitig gehen die kommunistischen Parteien in den anderen westeuropäischen Ländern immer eindeutiger auf reformistischen Kurs. Die Re-Internationalisierung des Klassenkampfes, d. h. eine mögliche Verschärfung der subjektiv realisierten Klassengegensätze auf politischer und sozialer Ebene, wird also mit einiger Wahrscheinlichkeit auf ein in sich ziemlich stabiles System treffen, das (zunächst) in der Lage sein wird, derartige „Unregelmäßigkeiten" eben als Unregelmäßigkeiten des Systems auszuregeln. Dies ganz abgesehen davon, daß sich die subjektiven Voraussetzungen für eine Re-Internationalisierung des Klassenkampfes noch weiter verschlechtern werden.

Zur gleichen Zeit wird sich trotz verschiedener Rückschläge die antikoloniale Revolution weiter entfalten. Es spricht nichts dafür, daß die Ursache dieser revolutionären Bewegungen, die soziale Lage dieser Länder der Dritten Welt, in absehbarer Zeit so verändert werden könnte (durch die verschiedenen Systeme der Entwicklungshilfe), daß diese Länder relativ reibungslos kapitalistisch werden könnten, oder ebenso reibungslos entweder ins kapitalistische oder ins sozialistische Lager integriert würden. Wieweit diese Bewegungen erfolgreich sein können, hängt allerdings nicht nur ab von diesen Bewegungen selbst, sondern entscheidend

auch davon, auf welchen konterrevolutionären Widerstand sie stoßen. Wenn es dem ideellen Gesamtkapitalisten USA gelingt, zu einem materiellen Gesamtkapitalisten zu werden, oder anders: Wenn es den USA gelingt, die gegenwärtigen kapitalistischen Staaten zu einem konterrevolutionären Block zusammenzuschweißen, dann sind die Chancen der antikolonialen Bewegung in der Tat gering. Sie werden dann scheitern an der physischen Vernichtung der Völker, die diese Bewegung tragen — auch hier ist Vietnam Modellfall. Nicht zu unterschätzen ist auch die ökonomisch-politische Gewalt des Imperialismus: Griechenland, Persien, Kongo, Venezuela, Dominikanische Republik usw. sind die blutigen Zeugnisse des spätkapitalistischen Instrumentariums für externe Unterdrückung.

Man muß heute statistisch und politisch konstatieren, daß der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, zwischen gesamtgesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung, sich subjektiv nicht derart niederschlägt, daß er nach einer revolutionären Lösung drängt. Trotzdem ist es ein Trugschluß, daß damit das kapitalistische System widerspruchsfrei oder unangreifbar geworden wäre. Gerade mit der integrativen Formierung des Spätkapitalismus entstehen neue Widersprüche, deren Artikulierung freilich auf Grund der veränderten Situation ungleich schwieriger geworden ist. Daher haben sich auch — mindestens seit dem Zusammenbruch des Faschismus — alle „traditionellen" Ansätze zur Schaffung revolutionärer Basen als Blindgänger erwiesen. Der Tatsache, daß heute die Kampagne für Abrüstung, die Notstandsopposition und die Studentenopposition an die Stelle der klassischen Arbeiterbewegung getreten sind, oder mindestens, daß ihnen nichts Genuines in der „Abhängigengruppe Arbeitnehmer" entspricht, müssen allmählich Einsichten folgen, die sich als sozialistische Perspektive formulieren lassen. Auszugehen ist davon, daß es nicht mehr genügt, die subjektiven Schwierigkeiten, die jeder praktisch wirksamen Verbreitung „sozialistischen Gedankengutes" entgegenstehen, resignativ zu konstatieren und eventuell noch darauf zu warten, daß das Proletariat sich seiner selbst bewußt wird.

Der einzelne Mensch in den spätkapitalistischen Gesellschaften — und er ist es, der immer mehr zu unserem „Adressaten" wird — ist in wachsendem Maße einem Phänomen unterworfen, das sich am besten mit dem Begriff der „Überindividualisierung" fassen läßt. Damit ist gemeint eine — nicht literarisch symbolisierte, sondern ganz faktische — Vereinzelung, die bei gleichzeitiger Auflösung der klassischen bürgerlichen

Familie von den Manipulationsmedien und vermittelten Herrschaftsinstanzen immer weiter bis an die Grenze der anthropologischen Belastbarkeit getrieben wird. Bei Beibehaltung der kapitalistischen Produktions- und Distributionsweise, die auf Ungleichheit basiert und daher der repressiven Anpassung bedarf, muß die früher von der Vaterfamilie geleistete Anpassung immer mehr von anderen Instanzen vorgenommen werden, etwa von Massenmedien, Reklame, direkter politischer Manipulation. Je mehr jedoch die personalisierbare Kernfamilie aus dem Prozeß der Anpassung ausgeschaltet wird, desto mehr fehlt dem einzelnen die „kommunikative Korrektur", die als konstituierendes Moment der Anpassung selbst betrachtet werden muß; die Anpassung findet immer weniger durch direkte sprachliche Kommunikation und direkte Auseinandersetzung zwischen Menschen statt. Das hat zweierlei Folgen. Zum einen fehlt damit dem Individuum die Möglichkeit, dem System eine konkrete Negation entgegenzusetzen; was es an Negation zu leisten vermag, wird ihm von der Kulturindustrie schablonenhaft vorformuliert und so in das System integriert. Zum anderen wird ihm durch die Invarianz der neuen Anpassungsmethoden auch die Möglichkeit genommen, sich in die Rollenanforderungen „einzupassen", sich mit den gestellten Forderungen zu arrangieren. Die psychische Spannung, der das Individuum ständig ausgesetzt ist, nimmt damit ungeheuer zu. Ihre Realisierung als Negation wird abstrakt, richtet sich gegen das „ganze System", ohne sich artikulieren zu können. Das Erlebnis der Gemeinsamkeit in der oft bis an die Grenze direkter Aggressivität gehenden Oppositionalität als einer Tendenz gegen diese Spannung kann psychisch zum Hoffnungspunkt werden, diese Spannung, die ja nur subjektives Moment objektiver politischer Unterdrückung ist, unmittelbar aufzuheben. Es kommt darauf an, aus dem psychischen Prozeß dieser Aufhebung einen politischen zu machen[1]). Denn an dieser Stelle, an der Aufhebung dieser Spannung, sind von psychischer Seite die Gefahren einer faschistoiden Entwicklung höchst real: Gelingt es den Herrschenden, die abstrakte Negation so zu artikulieren, daß die Aggression gegen das System etwa umfunktionalisiert wird in Aggression gegen einen äußeren oder gegen einen inneren Feind (der sich dann auch als dem System äußerlich darstellt), wird die Bewegung des Spätkapitalismus fast unweigerlich zu einem neofaschistischen System führen.

[1]) Die Berliner „Horror-Kommune" ist das jüngste und „tragischste" Beispiel für diese individuelle psychische „Überbelastung", für den mißlingenden Versuch, sie in der „Gemeinsamkeit" zu ertragen und abzubauen und für das Scheitern des Versuchs, diese psychischen Prozesse politisch zu kanalisieren und so zu lösen.

Wenn sich die Spannung überhaupt politisch artikuliert, dann zeigt sie sich zunächst an relativ abstrakten Konflikten. So überschreitet etwa der Krieg der USA gegen Vietnam zur Zeit (besonders in den USA selbst) bei immer mehr Menschen die Toleranzgrenze der Anpassung und der kommunikativen Isoliertheit. Das heißt: immer weniger sind bereit, die Methoden der amerikanischen Kriegsführung zu entschuldigen, immer mehr sind bereit, ihren Protest zu artikulieren und damit diese Basis ihrer Überindividualisierung aufzugeben. Dadurch entsteht ein zunächst noch unpolitisches Gefühl der oppositionellen Gemeinsamkeit — Marcuse hat es „Solidarität des Sentiments" genannt[2]) —, eine Haltung, die jederzeit, wenn sie sich nicht klarer äußern kann, in eine unpolitische Protesthaltung zurückfallen muß, die aber gleichzeitig heute die unerläßliche Grundlage jeglicher aussichtsreichen antikapitalistischen Opposition sein dürfte. Inwieweit man ihre Manifestation in zum Teil unkonventionellen Protestaktionen bereits als ein, wenn auch noch verzerrtes, Übergreifen der antikolonialen Revolution auf die Metropolen begreifen kann, müßte untersucht werden. Diese oppositionelle Bewegung, die in den Metropolen genug formal-abstrakte Anlässe finden wird, sich zu manifestieren (von der Niederschlagung der antikolonialen Revolution bis zu Notstandsgesetzen usw.), bildet sich in Nordamerika und den westeuropäischen spätkapitalistischen Gesellschaften, zumal in der BRD, sehr langsam und oft genug unkenntlich, soeben erst heraus. Aber sie wird entscheidend sein für die Zukunft der Metropolen. Daß sie sich in erster Linie auf die Jungen stützen wird, ist aus politischen und aus psychischen Gründen einleuchtend. Sie haben der Macht der Unterdrückung und der Anpassung noch am ehesten eine subjektive Widerstandskraft entgegenzusetzen. Und daß dieser Prozeß, wenn er allmählich oder plötzlich in entscheidende politische Phasen treten sollte, der passiven Duldung in den Metropolen bedürfte, scheint auch sicher. Daran aber kann man arbeiten.

II

Aus teilweise gegensätzlichen Gründen sind sich die verschiedensten links stehenden Gruppierungen in der BRD in ihrer Gegnerschaft zur Gründung einer sozialistischen Partei einig. Sei es, daß sie meinen, eine neue Arbeiterpartei sei zwar nötig, ihre Basis sei aber in der SPD organisiert, weshalb man durch die SPD hindurch müsse (linke SPD, Trotzkisten), sei es, weil sie schon endgültig resigniert haben. Die Konzeptionen, die

[2]) Siehe „neue kritik" Nr. 36/37, S. 30 f.

sie entwickeln, um schließlich doch noch zu einer sozialistischen Bewegung zu kommen, haben insgesamt ihre Perspektivlosigkeit gemeinsam. Durch gewerkschaftliche Bildungsarbeit die SPD quasi von der untersten Ebene her aufzurollen; alle friedliebenden und demokratischen Kräfte immer und immer wieder zusammenzufassen, in der Meinung, eines Tages würde schon etwas Sozialistisches daraus werden; darauf zu warten, daß in einer eines Tages ganz bestimmt kommenden Krise des westdeutschen Kapitalismus die Arbeiterklasse doch noch spontan zu sich zurückkommt — dies sind alles nur andere Formulierungen für den stereotypen Satz: „Man kann eigentlich, mindestens zur gegenwärtigen Zeit, nichts tun."

Wer ernsthaft eine sozialistische Bewegung einleiten will, die nicht nur über die Hochschule hinausgeht, sondern auch von ihr strukturell unabhängig ist, müßte vorher eigentlich sämtliche linken Oppositionsbewegungen analysieren: Wie haben sie sich gebildet? Als Reaktion worauf? Woran sind sie gescheitert? Warum waren sie nicht in der Lage, die politische Situation nach der Großen Koalition auszunutzen? Diese Analyse gibt es heute nur in Bruchstücken. Auch wir werden hier nur Stichpunkte nennen: daß es falsch war, von vornherein mit einem Programm anzutreten, mit dem eigentlich jeder und alle übereinstimmen müßten, das aber kaum einen Hund hinterm Ofen vorlockt (DFU); daß eine Gründung, die nur eine Partei verhindern soll, kaum Chancen hat, etwas zu werden (VUS); daß theoretisch gut ausgebildete linke SPD-Genossen allein noch nicht die Grundlage einer linken Bewegung sein können, insbesondere wenn sie ihr Leben lang auf „die Partei" fixiert bleiben (SB); daß Auffangorganisationen für wegen Linksabweichung aus der SPD herausgeflogene Genossen kaum die Tendenz haben, über sich selber hinauszuweisen (SB und VUS); daß man sich solange tarnen kann, bis man selber kaum noch merkt, daß man einmal Kommunist war (KPD); und dergleichen mehr. Das Wesentliche scheint aber, daß es bislang keiner linken Bewegung gelungen ist, sich von den traditionellen Parteivorstellungen zu lösen: sie haben Liebknechts Auftritt vor dem deutschen Parlament in der Kriegskreditfrage ebensowenig in ihrem Bewußtsein wie die Wahlergebnisse der KPD nach 1945 und der DFU, um nur die beiden erfolgreichsten Organisationen zu nennen; sie gehen von einer Vorstellung des Spätkapitalismus aus, wie man sie sonst nur noch in den Programmen der etablierten kommunistischen Parteien des Ostblocks findet.

Kommt nun einer daher und will eine „DFU" unter anderem Namen

ein zweites Mal gründen in der Hoffnung, diese „neue Partei" werde schon in der Lage sein, eine Alternative zu bilden, oder will einer die ganzen Reste der deutschen Arbeiterbewegung sammeln in der Meinung, das Ganze sei allemal mehr als die Summe seiner Teile (obwohl es in diesem Fall vielleicht auch weniger wäre), dann muß man sich ernsthaft fragen, ob denn die linke Bewegung wirklich in eine neue Niederlage geführt werden soll.

Alle Vorschläge zur Re-Organisation der Sozialisten[3]) müssen daran gemessen werden, ob sie die Chance haben zu verhindern, daß aus dem ideellen Gesamtkapitalisten USA auch ein materieller wird; die sich unpolitisch entfaltende Protesthaltung besonders der Jugendlichen und der „Jungen" in der BRD politisch zu kanalisieren; die Ost-West-Entspannung zu mehr zu machen als zu der Einsicht, daß sich's im Sozialismus notfalls auch leben läßt.

Beginnen wir bei der für die BRD wichtigsten und aussichtsreichsten Aufgabe: bei der politischen Kanalisierung und Disziplinierung der unpolitischen Protesthaltung der Jugendlichen. Vorweg kann man sagen,

[3]) An „traditionelle" Reorganisationsvorstellung siehe zuletzt:

1. die Konzeption einiger Genossen, die aktiv in der Kampagne für Abrüstung und dem Verband der Kriegsdienstverweigerer arbeiten. Das Konzept der Bildung einer sozialistischen Partei mit dem Anfangskapital „sozialistische Elemente in der KfA und VK" ist am deutlichsten dargestellt bei Becker und Stubenrauch in „zivil" Nr. 1/1967;
2. im Sozialistischen Bund (SB) und in der Vereinigung unabhängiger Sozialisten (VUS), die man beide nicht guten Gewissens als Träger lebendiger sozialistischer Opposition bezeichnen kann, bestehen starke Tendenzen zu einer sozialistischen Kartell-Bildung. Wen sie außer sich selbst noch in das Kartell einbringen wollen, ist dabei immer unklar geblieben. Dabei haben beide Organisationen zudem noch in ihrer Diffusheit höchst unterschiedliche Vorstellung, wohin diese kartellierten Sozialisten geführt werden sollten und unter welchen Parolen;
3. das jüngste (und in der letzten Zeit aktivste) Modell hat die „Arbeitsgemeinschaft Sozialistische Opposition" (ASO) durchgespielt. Sie hat, nach den Worten eines ihrer Erfinder, den „Klassenkampf in Hessen" organisiert. Dabei ist sie traditionalistisch vorgegangen und konnte zwangsläufig fast nur bereits bestehende, wenn auch isolierte, „Kerne und Reste" einsammeln und auf Mitgliederversammlungen führen. Ihre letzte politische Aktion, ein Flugblatt auf dem Ostermarsch zu verteilen, ist eine Aneinanderreihung linker und sozialistischer Forderungen, die vom Ostermarsch selbst, von der Notstandsopposition und von den Einzelgewerkschaften längst schon erhoben wurden. (Nur sagt die ASO halt, vielleicht mit Recht, das Ganze sei sozialistisch.) — In ihr besteht bis heute das Bewußtsein, mit ca. 50 Gruppen à 50 festen Mitgliedern ließe sich eine „Unabhängige Sozialistische Partei" gründen (siehe u. a. Wetzlarer Neue Zeitung v. 20. 4. 67); — ausführliche Dokumente in der SDS-Korrespondenz Nr. 6.

wie diese Aufgabe bestimmt nicht gelöst wird: indem man die traditionalistischen Organisationen, die in der letzten Zeit immer weniger Junge angelockt haben, in einen Topf wirft; indem man der unpolitischen Protesthaltung eine ebenso verschwommene Politik zur Seite stellt; indem man die einzige Protestbewegung, die in signifikantem Maße Jugendliche anzieht (die Kampagne für Abrüstung), selber zur Partei macht, die die Jugendlichen nur abzuschrecken vermag. Erforderlich ist dagegen, z. B. gerade die Kampagne für Abrüstung so zu stärken, ihre Forderungen so zu akzentuieren, daß die Jugendlichen durch sie so weit politisiert werden, daß sie selber über die Ostermarschbewegung hinauswachsen. Das heißt aber, daß es gelingen muß, ihnen klarzumachen, warum ihr Protest bislang erfolglos sein mußte, und warum er trotzdem nicht sinnlos war und ist. Ähnlich könnte man die Aufgabenstellung für andere relativ unscharfe Protestbewegungen formulieren, seien es die oppositionellen Studenten, sei es die Antinotstandsbewegung.

Es wird gesagt, die Ostermarschbewegung, das Zentrum der radikaldemokratischen Bewegung sehe schlechten Zeiten entgegen. Das ist zunächst schwer zu bestätigen oder zu widerlegen. Der Ostermarsch hat eine unübertreffbar heterogene Zusammensetzung; die Teilnehmerzahlen am Ostermarsch könnten theoretisch noch steigen zu einer Zeit, wo es die Kampagne als politische Bewegung gar nicht mehr gibt. Ihre Auflösung, sollte sie wirklich drohen, kann man freilich nicht nur konstatieren. Sie zu verhindern ist eine der vordringlichsten Aufgaben der sozialistischen Opposition.

Die Analyse der Notstands-Opposition zeigt eines sehr deutlich: Sie hat weder aus dem Kongreß „Notstand der Demokratie" noch aus der Bildung der Großen Koalition den entscheidenden Auftrieb erhalten, den wir erhofft hatten. In der Konzeption dieser Bewegung konnte von vornherein ein resignatives Element des zu erwartenden Mißerfolges dieser Bewegung nicht ausgeschaltet werden. Daß es bis heute nicht gelungen ist, diese Erfolglosigkeit transparent und zu einem politischen Zentrierungspunkt zu machen, liegt nicht nur an der spröden Materie „Notstandsgesetze" und nicht nur an der relativ kurzen Zeit, die den Notstandsausschüssen und Kuratorien für ihre politische Arbeit zur Verfügung stand. Vielmehr haben hier „die Sozialisten" zwei sich ausschließende — aber in der Motivationsstruktur analoge — Fehler begangen: sie haben es entweder abgelehnt, in dieser „radikaldemokratischen" Bewegung zu arbeiten, oder sie haben sich bei dieser Arbeit bis zur Unkenntlichkeit getarnt und alle sozialistischen Positionen aufgegeben.

Wir werden, in der Phase der zu erwartenden Verabschiedung der Notstandsgesetze und danach, zum Kriterium jeder neuen Organisierung der Sozialisten, jeder Artikulation und Koordinierung antikapitalistischen Protestes machen, wie bewußt sie diesen Fehler, wie bewußt sie das relative Versagen der Notstandsopposition aufgearbeitet hat.

Es ist in diesem Zusammenhang sinnvoll zu fragen, warum sich die sich selbst noch unklare antikapitalistische Opposition gerade an einem „außenpolitischen" Protestpunkt entzündete und schulte und warum in dieser Protestbewegung gerade die Studenten eine führende Rolle übernehmen konnten: Warum ist für so viele Jugendliche der „Krieg in Vietnam" eher zu einem Punkt der Artikulation ihres Unbehagens geworden als die Notstandsgesetze? Weshalb sich der SDS gerade auf den Vietnamkrieg „spezialisierte", haben wir oben zu erklären versucht: weil der Krieg in Vietnam viel deutlicher „gesehen und gespürt" wird. So paradox es klingt: Diejenigen, die zu „jungen Oppositionellen" werden, „spüren" den Vietnamkrieg zunächst deutlicher als die Notstandsgesetze. Es ist weder leicht noch ungefährlich, diesen Protest zu mobilisieren. Die Aktion „Geld für den Vietcong" des SDS im letzten Winter ist ein Beispiel dafür: Wir wollten nicht in den Fehler verfallen, eine unpolitische „moralische" Sammlung daraus zu machen, eine sozialistische Kriegsgräberfürsorge, und konnten doch den anderen Fehler nicht ganz vermeiden: daß unter der Hand eine zwar „harte" antikapitalistische, aber dennoch unpolitisch protestierende und sich mit der FNL (Vietcong) abstrakt solidarisierende Agitationsreihe daraus geworden ist. Zwei direkte Früchte dieser Sammlung sind: viele kleine und dahinvegetierende SDS-Gruppen wurden mobilisiert und die Verbindung mit der Provo-Bewegung wurde hergestellt (in Städten wie Frankfurt ist sie an diesen Vietnam-Aktionen erst „stark" geworden). Diese Provo-Bewegung hat die Tendenz in sich, unter dem Banner politischer und „von außen" (vom SDS oder von der Ostermarschbewegung) entliehener Parolen unpolitisch zu agieren. Sie ist das lebendige Beispiel der oben beschriebenen Gefahren der heutigen politischen Tätigkeit in ihrem konkreten Widerspruch gegen traditionelle Organisations- und Agitationsformen. Viele SDSler selbst sind diesen Gefahren nicht entgangen; das zeigt das Beispiel der Berliner „Psycho-Kommune" und der schillernden Attraktivität, die sie auf viele Junge aus dem SDS und seinem Umkreis ausübt. Das Spektrum dessen, womit heute eine von der Hochschule strukturell unabhängige sozialistische Bewegung beginnen kann und muß, zentriert sich eindeutig um die sozialistischen Kerne der Kampagne für Abrüstung und der Notstands-Opposition, in einigen Einzelgewerk-

schaften und im SDS, soweit dieser über die Hochschule ernsthaft hinaus will.

Dabei kommt den Studenten in gewissem Maße eine Schlüsselstellung zu. Mit der Verschärfung der Manipulation, mit der Externalisierung der sozialen Konflikte, die diese in den Bereich des Unüberprüfbaren verschob, haben sich die Intellektuellen quasi als der Punkt erwiesen, an dem das Durchbrechen der Manipulation noch möglich ist. Es ist in diesem Zusammenhang gewiß kein Zufall, daß sich in den spätkapitalistischen Ländern (besonders USA, BRD, Frankreich) und teilweise sogar in den von den kapitalistischen Staaten ökonomisch abhängigen Ländern (z. B. Persien) die Studenten und Intellektuellen immer mehr als die bestimmende, oft einzig lebendige oppositionelle Kraft herausbilden. Diese neue Situation hat in einem Land wie der BRD außer in der Tatsache, daß es den herrschenden Klassen in der Epoche des Faschismus und danach extrem gut geglückt ist, die Arbeiterbewegung zu zerschlagen und ihre Reste zu beugen, noch eine andere Ursache: Ausbeutung und Unterdrückung finden heute vorwiegend mit veränderten und verfeinerten Mitteln statt: Sie sind — jedenfalls zur Zeit — trotz Ruhrkrise und Kurzarbeit nur in einem sehr peripheren Sinn „direkt" ökonomisch spürbar. Die eigene ökonomische Unterdrückung und Versklavung und die der Massen zu erkennen, dazu bedarf es heute eines feineren Organs als des Hungers oder der Fähigkeit, verschiedene Autotypen klassifizieren zu können. Dazu bedarf es eines Bewußtseinsstandes und eines psychischen Apparates, die den abhängigen Massen nicht unbedingt zur Verfügung stehen. Die Intellektuellen und Studenten besitzen sie; aber auch ihre oppositionellen Kerne wuchern noch nicht genügend mit diesem Pfund. Warum beschränken sich derzeit so viele SDSler auf ihre Hochschule und auf das kritisch-intellektuelle Niveau ihrer Kommilitonen? Warum werden ihre Mitgliederversammlungen so leicht zu soziologischen Hauptseminaren oder psychoanalytischen Laienspielgruppen? Sie wenden sich mit unbewußten Rationalisierungen ab von den Schwierigkeiten, die man gewärtigen muß, wenn man die Agitationsfelder Hochschule und Straßendemonstration (bei der man ja auch im allgemeinen unter sich ist) verläßt. Man kann sie gut verstehen: Mit einer wahrhaft lähmenden Teigigkeit tritt ihnen ihre Umwelt entgegen, ihre Umwelt: vom „Proletariat", das sie nirgends sehen, bis zu den stockfleckigen Resten der traditionellen sozialistischen Organisationen. Dabei gerät dann die Hochschulpolitik in die Gefahr, zum Angelpunkt

der gesellschaftlichen Revolution erklärt zu werden [4]). Oft ist das, was am Hochschulort produziert wird, nicht viel mehr als eine Spielwiese für junge sozialistische Intellektuelle, die an der Universität das ausprobieren, was sie in anderen gesellschaftlichen Bereichen sowieso nicht erreichen können: die permanente Revolte. Diese Genossen sind oft „über alle traditionelle Praxis schon hinaus"; das jedenfalls ist ihr Argument gegen die traditionellen Arbeitsformen (Arbeitskreise, Aufklärungsveranstaltungen, Kundgebungen usw.); sie haben sie als „reformistisch" und letztlich „systemstabilisierend" entlarvt. Ihre Kritik richtet sich gegen die leeren Hülsen aus der Glanzzeit der Arbeiterbewegung, und oft haben sie dabei recht. Sie registrieren mit resignativem Hohn, daß Kundgebungen wie die des Kongresses „Notstand der Demokratie" als „machtvoll", als „hoffnungsvoller Auftakt", als „Kampfansage" ausgegeben werden. Ihre Kritik richtet sich dagegen, dem Ausdruck der Machtlosigkeit, etwa der Integrationsveranstaltung „1. Mai", überhaupt noch Macht entgegensetzen zu wollen, wo diese Macht sich bald auf nichts mehr wird stützen können; als Auftakt zu feiern, was ein Rückzugsgefecht ist, als Kampfansage die Einleitung der Niederlage. Dabei können jedoch subjektiv revolutionäre Haltungen leicht zu objektiv konterrevolutionären werden. Die elitäre Beschränkung der intellektuellen Avantgarde auf die Hochschule erhält notwendig konterrevolutionäre Züge, wenn sie nicht von einer sozialistischen Bewegung außerhalb der Hochschule korrigiert wird. Da hilft alles Geschwätz von Vermittlung nichts.

Läßt sich bei der Beurteilung der Situation und der Rolle des SDS in bezug auf eine hochschulunabhängige linke Bewegung noch relativ leicht Einigkeit erzielen — eben weil der SDS als Hochschulorganisation für den einzelnen Genossen Durchgangsstadium ist und weil er eben doch die einheitlichste sozialistische Organisation in der BRD ist —, so gehen

[4]) Diese Gefahr wird deutlich bei der an sich vorbildhaften Resolution des Berliner SDS zur Hochschulpolitik, die nach den Dezember-Aktionen auf dem Kurfürstendamm gefaßt wurde, und gegen die der „traditionalistische" Flügel des SDS gestimmt hatte, weil sie zu „unsozialistisch" war und die „Kommune-Elemente" zu wenig verurteilte und gegen die der „Kommune-Flügel" gestimmt hatte, weil sie Ausdruck „marxistischer Fremdtheorie" ist, was zu deutsch heißt, daß sie zu „traditionalistisch" ist. In dieser Resolution heißt es u. a.: „Die Hochschulpolitik ist nicht nur die originäre Praxis des Verbandes, sondern zugleich ein Modell für politische Praxis in anderen Sektoren der Gesellschaft. Denn nur in dem Maße, wie die Hochschulpolitik des SDS von großen Teilen der Studentenschaft aufgenommen wird, wird der Modell-Charakter dieser Politik auch von der sich organisierenden außerparlamentarischen Opposition in anderen gesellschaftlichen Bereichen begriffen werden."
Siehe SDS-Korrespondenz Nr. 5, S. 41.

die Einschätzungen der „sozialistischen Kerne" in der Kampagne für Abrüstung und in den Gewerkschaften weit auseinander. Selbst Genossen, die sich aus realistischer Einschätzung der Lage gegen die ad-hoc-Konstituierung einer Partei oder einer Parteivororganisation ausgesprochen haben, sprechen gar zu euphemistisch von den Gewerkschaften und ihren „sozialistischen Kernen". Wer z. B. wie Schauer[5]) den Ostermarsch an einer so strengen Elle mißt, daß er ihm seine politische Verschwommenheit hart vorwirft (obwohl mindestens z. T. der Umfang dieser Bewegung auch auf diese Verschwommenheit zurückgeht), der darf nicht die Gewerkschaften (die unter noch stärkerer politischer Verschwommenheit leiden) en bloc zur „autonomen" politischen Kraft emporjubeln und en detail zum sozialistischen Hebelchen. Weder die Gewerkschaften insgesamt, noch auch eine Einzelgewerkschaft, noch auch ein sichtbarer Kern einer Einzelgewerkschaft können zum Zeitpunkt der beginnenden Organisierung einer sozialistischen Bewegung in der nächsten Zeit eine verläßliche Stütze werden. Wenn einige Einzelgewerkschaften diese Organisierung tolerieren werden, dann ist schon viel gewonnen.

Heute haben viele Intellektuelle, die sich mit der Ostermarschbewegung noch kritisch auseinandersetzen, die Gewerkschaften bereits aufgegeben. Das liegt nicht nur daran, daß diese, zumeist jungen Intellektuellen keine Ahnung haben von den politischen und organisatorischen Problemen der Gewerkschaften, von deren politischem Stil und Ausdruck. Vielmehr sind die politischen Explikationen dieser Gewerkschaften selbst zu oft ambivalent: Immerhin hat auch ein Georg Benz in seiner Rede auf dem Kongreß „Notstand der Demokratie" zwar die völlige Ablehnung der Notstandsgesetze mit der Forderung nach sozialer Demokratie verbunden, gleichzeitig aber mit einem Pathos zur Mitarbeit in der SPD aufgerufen, das geeignet sein dürfte, die Frustration vieler denkender Gewerkschafter zu verlängern. Das richtet sich weniger gegen Georg Benz oder die Gewerkschaft, die er vertritt, sondern dagegen, die aktuellen Grenzen gewerkschaftlicher Politik nicht zu sehen.

Gefährlich freilich wäre es zu meinen, man könne sozialistische Politik gegen die Gewerkschaften machen, man könne aus den Gewerkschaften den „sozialistischen Teil" abspalten für eine sozialistische Partei. Man muß natürlich an die historische Entwicklung der Gewerkschaften an-

[5]) Siehe Helmut Schauer in Lamm, Rosenbaum, Schauer, Schmiederer: „Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken"; Probleme Sozialistischer Politik, Band 4, Verlag Neue Kritik, Frankfurt 1967.

[6]) Georg Benz, „Rede auf dem Kongreß Notstand der Demokratie", neue kritik Nr. 38/39, S. 5 f.

knüpfen, die über das trade-unionistische Element hinausweist, gleichzeitig aber reflektieren, daß dies keine Tendenz, sondern eher eine bundesrepublikanische Ausnahme ist: die Folge der Entwicklung der SPD zu einer Volkspartei, die in keiner Hinsicht noch die Interessen der Abhängigen vertritt. Man kann daraus aber nicht ableiten, aus den linken Gewerkschaftern sei eine Ersatzpartei zusammenzusammeln; man kann sich nur auf die „Tolerierung" seitens der Gewerkschaften stützen und dabei die Gewerkschaften politisch weitertreiben. Die Organisierung der „Erwachsenen" in einer sozialistischen Bewegung setzt heute also an bei der Bewegung im Ostermarsch, in der Notstandsopposition, im SDS, in den Gewerkschaften — aber sie muß sich davor hüten, bei Gewerkschaftern, Ostermarschierern, Alt-SDSlern, Notstandsausschüßlern und linken Wissenschaftlern als Adressaten stehenzubleiben. Sie muß sich bei Strafe des Untergangs davor hüten, Parolen anzubieten, die darum zu Recht wie alte Kamellen schmecken, weil sie solange unerfüllbar erschienen und nach den letzten politischen Entwicklungen noch unerfüllbarer erscheinen. Schauer[7]) hat zu Recht die Genossen kritisiert, die in die alten Schläuche sozialdemokratischer oder kommunistischer Aktions- und Organisationsmodelle einfach den Wein neulinker sozialistischer Politik füllen wollen. Man muß aber genauso diejenigen kritisieren, die den alten vergorenen Most sozialistischer Traditionspolitik in neue Fässer füllen wollen[8]). Wir haben oben die Entwicklung, unter der wir unsere Perspektive erarbeiten müssen, kurz skizziert. Wenn also nicht damit zu rechnen ist, daß die Klasse „Proletariat" in nächster Zeit zur Klasse für sich wird, wenn aber gleichzeitig die Widersprüche sich verschärfen, sowohl im Weltmaßstab (antikoloniale Emanzipation, friedliche Koexistenz) als auch im nationalen Bereich der spätkapitalistischen Länder (Schaffung der Bedingungen für die Re-Internalisierung des Klassenkampfes) als auch im subjektiven Bereich (Überindividualisierung und daraus resultierende unpolitische Protesthaltung), dann muß man daraus ganz bestimmte organisatorische Schlußfolgerungen ziehen. Eines dürfte klar geworden sein: Jetzt eine Arbeiterpartei gründen zu wollen, wäre schwachsinnig und (gegenüber denen, die man mit dem Lockruf „Partei! Partei!" ködert und organisiert) zynisch. Nichts zu tun wäre Verrat an den historischen Möglichkeiten. Was organisatorisch zu leisten ist, kann man ebenfalls aus dem oben gesagten herleiten: den unpolitischen Protest der protestbereiten „Unorganisierten" politisch zu bewältigen (dies als einfachste Formel). Unter politisch bewältigen ver-

[7]) Helmut Schauer, a. a. O.
[8]) Siehe die Anmerkung 8, Punkt 3.

stehen wir hier: den zunächst als moralisch oder unpolitisch-antiautoritär sich artikulierenden Protest (gegen den Vietnamkrieg etwa) auf seinen Begriff als Protest gegen den allimperialistischen Zusammenschluß zu bringen und weiter zu einem Protest gegen ein System, das Imperialismus impliziert; den sich zunächst radikaldemokratisch artikulierenden Protest gegen die Formierungsmaßnahmen des Spätkapitalismus (Notstandsgesetze usw.) zum Protest gegen ein System zu machen, das notwendig zu faschistoiden Lösungen seiner Widersprüche tendiert; den pazifistischen Protest zu einem Protest gegen ein System zu machen, dem die äußere Aggression inhärent ist usw. usw.

Ebenso wie sich diese politische Aufgabenstellung zunächst nur als antikapitalistische, nicht als sozialistische gibt, läßt sich die zu ihrer Lösung notwendige Organisationsform zunächst nur ex negativo bestimmen: zuvorderst können wir zu ihrer Bewältigung keine Partei brauchen. Eine Organisation, die unter dem Namen „Partei" anträte, würde (besonders bei der Schwäche, mit der sie anträte) so schnell den Rollenzwängen einer „Partei" unterliegen, daß sich ihre Arbeit bald im Parteiwesen erschöpfen würde (abgesehen davon, daß nicht wenige Genossen diese Rollenzwänge schon jetzt übernehmen). Und selbst wenn wir diese Schwierigkeit lösen könnten: Vielleicht wären wir dann in zehn Jahren soweit wie heute die PSIUP. Und?

Positiv: Was wir brauchen, ist eine formal lockere, inhaltlich einheitliche, öffentlich arbeitende Organisation (nach unseren Vorstellungen gegliedert in ein zentrales Arbeitssekretariat und — später — örtlichen Gruppen), die sich primär mit politischer Agitation im genannten Sinne beschäftigt. Ob sie sich auch einmal an Wahlen beteiligt, ist eine unwichtige Frage; wir würden uns dagegen aussprechen, da die Gefahren (s. o.) gewiß größer sind als der politische Gewinn.

Diese Organisation wird zunächst nicht viel tun, was nicht z. B. der SDS in den letzten Jahren in der einen oder anderen Form auch schon getan hätte. Sie wird es aber besser machen müssen. Und: sie wird es nicht in der Beschränkung auf die Hochschule machen müssen. Die bundesrepublikanische Opposition wird dann zwar nicht an der Spitze der weltrevolutionären Bewegung marschieren. Das ist auch gar nicht im Interesse dieser Bewegung. Aber sie würde in der BRD alle Möglichkeiten sozialistischer Opposition ausnutzen. Und das wäre sehr viel.

III

Wir haben eine politische, oppositionelle und sozialistische Bewegung

einleiten helfen, die an politischer „Nähe" zu den gesellschaftlich und politisch wunden Punkten und entsprechend an Attraktivität für die Gruppe, die sie angeht, ihresgleichen in der Zeit nach dem Faschismus nicht findet. Im Frühjahr 1967 hat „sich", fast aus dem Nichts, eine unabhängige und sozialistische Schülerbewegung gebildet, das „Aktionszentrum unabhängiger und sozialistischer Schüler" (AUSS). Diese Schülerbewegung lag in der Luft; sie hat heute bereits 20 fest organisierte und kontinuierlich an der Schule arbeitende Gruppen[9]) und eine für „sozialistische Verhältnisse" ungeahnt große Schar von Sympathisanten, Anhängern, im Gründungsfieber Begriffenen. Unsere Gegner und unsere Anhänger und Mitinitiatoren in der Diskussion der Organisationsfrage der „erwachsenen" Sozialisten sind des gemeinsamen Lobes voll über unsere revolutionäre Tat. Sie können unmöglich alle das politische Konzept unserer praktischen Arbeit im Aufbau dieser Schülerorganisation begriffen haben. Wir wollen darum unsere Vorstellungen, die wir für den SDS im Januar in einem internen Papier zur Diskussion stellten, bevor es „Schüler gab", wiederholen. Zu dieser Zeit sind wir noch von den „Linken" ermahnt und von den „Rechten" als Abenteurer „gebrandmarkt" worden. Einig waren sie sich darin, daß die Zeit für eine politische Schülerorganisation, zumal für eine offen sozialistische, noch nicht „reif" sei. Die einen traten ein für ein besonders klandestin-leninistisches Konzept der Zellenbildung, die andern für eine Beschränkung auf „kritische" Arbeit in den bestehenden Institutionen SMV (Schülermitverantwortung) und Schülerzeitung. Sie projizierten auf ihre Nachfahren, die Schüler, die Versagungen und das Versagen der sozialistischen Bewegung nach dem Faschismus. Unsere Ideen vom Januar sind heute zur praktisch-politischen Wirklichkeit geworden. Wir schrieben als Zusammenfassung unserer Analyse (die hier überflüssig ist):

1. Der Gründung eines sozialistischen Schülerbundes steht zunächst entgegen: die, verglichen mit den Studenten, extrem hohe Abhängigkeit der Schüler von ihren Lehrern, Schulbehörden und Eltern. Die demokratische Liberalität der Institutionen, die den Schülern gegenübertreten, kann erfahrungsgemäß nicht gering genug veranschlagt werden. Die unkontrollierte und noch nicht einmal diskutierbare Machtdifferenz zwischen Schule/Schüler und Eltern/Schüler ist selbst eklatanter Aus-

[9]) Das ist das entscheidende politische Merkmal an diesem AUSS. Der VSM, Verband sozialistischer Mittelschüler, die für Österreich entsprechende Organisation, unterscheidet sich vom AUSS denn auch gerade dadurch, daß sie nur *außerhalb* der Schule arbeitet: mit Klubabenden usw. — eben wie ein sozialistisch-traditioneller Arbeiterbildungsverein.

druck unerreichter demokratischer Grundpositionen. Eltern und Lehrer haben denn auch gegen einen Schülerbund, der in ihren Augen extrem nicht staatstragenden Zielen verpflichtet ist, zwei gut funktionierende Unterdrückungsmittel in der Hand: Ausgehverbot und Zensurdrücken. Diese Mittel sind so autoritär, wie sie einer demokratischen Organisierung hinderlich sind. Sie werden aber für die Schüler selbst einen erhöhten Anreiz zur Organisierung bilden, weil sie an das diffuse Unbehagen oder an politische und sozialpsychologische Erkenntnisse der Schüler anknüpfen und darum latent sowieso dauernd bestehende Konflikte in der Organisierung mit der Chance auf Veränderung manifest werden lassen. Ein vorrangiger politischer Inhalt wird darum zwangsläufig die Diskussion und der demokratisch organisierte Kampf gegen undemokratische Autoritätsformen von Schule und Elternhaus sein müssen.

2. Dabei bleibt zunächst als permanent unaufgelöster Rest diese Machtdifferenz zwischen Schülern und ihren Eltern/Schule strukturell bestehen. Diese Machtdifferenz wird sogar in dem Maße verschärft ausgenutzt werden, wie der sozialistische Schülerbund von Eltern und Schule als Kampfansage aufgefaßt werden wird. Das wird von Anfang an der Fall sein; es ist heute bereits der Fall: Der Journalist z. B., der die erste SDS-interne Diskussion eines sozialistischen Schülerbundes an die Presse brachte, war der aufgebrachte Vater eines Schülers; er hatte dieses Rundschreiben ausgeschnüffelt, sein Sohn arbeitet beim SDS mit. Selbst die vom Organisationsstandpunkt aus betrachtet überaus lockere Organisationsform des SDS wird für die Schüler noch zu fest sein, weil die bloße Mitgliedschaft in einer lokalen und autonomen Gruppe (nach dem Prinzip des SDS) schwerwiegende negative Folgen für die Schüler haben könnte.

3. Die Kampfansage, mit der die sozialistische Schülerorganisation gezwungenermaßen auftritt, darf sie bei Strafe ihres Verharrens in unpolitischem Protest nicht zum vorgegebenen Inhalt ihrer Arbeit machen. Die Organisation wäre sonst innerhalb kürzester Zeit der Unverbindlichkeit ausgeliefert, die ihren Gegnern dann erst ihre vorurteilhaften Argumente bestätigen und liefern würde. Sie wird sich ihren politischen Ausdruck und ihr politisches Ziel nach Maßgabe ihrer Stärke **an der Schule** bestimmen müssen, d. h. nach den Bedürfnissen der Schüler, die von Elternhaus, Schule und den anderen Institutionen nicht erfüllt oder verweigert werden. Entsprechend wird der Schülerbund auch die Themen und Probleme, denen er sich vorrangig zuwendet, wählen . . .

4. Diese Themen, die Probleme und ihre Lösungsangebote sind selbst-

verständlich um so weniger unmittelbar „sozialistisch", als sie noch nicht einmal in ihrer Gesamtheit direkt politisch sind. Sie werden aber entweder zentrale gesellschaftliche Themen sein oder es wird in ihnen ein vermittelter oder unbewußter politischer Protest angesprochen. Sie sind insgesamt Themen, die mit gutem Grund im Sinne der bestehenden Autorität in der Schule nicht oder verzerrt behandelt werden. Sie weisen also auf ein Interesse, das von der Schule aus strukturellen Gründen nicht befriedigt werden kann, weil mit seiner Befriedigung gleichzeitig eine wesentliche Änderung der Inhalte von Schule, Familie und schließlich der gesamten Gesellschaft einhergehen müßte.

5. Die Bezeichnung „sozialistisch" gibt nun, wie immer sie zunächst auch von den sympathisierenden und sich organisierenden Schülern verstanden wird, eine unverzichtbare Grundintention an und an sie gebundene Inhalte und Richtungen der Arbeit. Zu viele Versuche der Demokratisierung der gesellschaftlichen Bereiche, besonders die engagiertesten auf lokaler Ebene, sind ihrer Abhängigkeit von gesellschaftlichen oder direkt politischen Machtgruppen wegen entweder gescheitert oder mußten versteckt ideologische und antidemokratische Funktionen übernehmen. Die Arbeit in den bestehenden politischen Institutionen — am Beispiel der Schule: in der SMV —, so wichtig sie ist, reicht allein nicht mehr aus, um unsere Gesellschaft vor einem Rückfall in eine offen autoritäre Ordnung zu bewahren und um eine echte Demokratisierung herbeizuführen.

Die Attraktivität der zunächst abstrakten Vokabel „sozialistisch" und ihre Inhalte hängen aber entschieden ab von der Leistungsfähigkeit und von den Erfolgen der einzelnen Gruppen und Zirkel und den verbindlichen und einsichtigen Zielen der sozialistischen Schülerorganisation insgesamt. Die Schüler werden in dem Maße eine relevante politische Kraft werden, in dem sie an der Schule demokratische Forderungen aufzustellen und einsichtig zu machen in der Lage sind: als allererste das Recht, sich zu organisieren. Ihre Forderungen für Demokratisierung des Unterrichts, für Mitbestimmung in Lehrplangestaltung und bei Zeugnisgebung, ihr politisches Engagement für eine demokratisierte Schule in einer demokratischen Gesellschaft sind, vertreten in einer gesellschaftspolitischen Konzeption, nur als sozialistische konsequent.

Für die Organisationsprobleme, denen sich diese Schülerorganisation zu Anfang gegenübersieht, hat diese Bezeichnung einen großen Vorteil. Sie ist ein Filter gegen die Vagheit und Richtungslosigkeit, in die eine Schülerorganisation von Anbeginn an zu geraten droht wegen der uner-

schöpflichen Vielfalt dessen, was Schüler an ihren Schulen auszusetzen haben, und sie stellt einen „Zwang" für die organisierten Schüler dar, von Oppositionellen zu Sozialisten zu werden. Dieser Zwang wird ihnen von Schule und Gesellschaft „eigentlich" sowieso vorgegeben; dies „eigentlich" kann aber nur in der politischen Diskussion konkretisiert werden; die zunächst unpolitische Identifikation mit dem Titel „sozialistisch" kann dafür sogar vorteilhaft sein . . .

Die ungeheuren politischen und organisatorischen Schwierigkeiten beim Aufbau der sozalistischen Schülerorganisation können wir hier nicht diskutieren. Es ist klar, daß sie stets diskontinuierlicher und schwankender arbeiten wird als selbst eine Organisation wie der SDS. Aber mit dieser Bewegung ist ein Weg angegeben, der, so „kindlich" er ist, in vieler Hinsicht beispielhaft sein dürfte für die Aufgaben der Sozialisten in der nächsten Zeit. Wir haben oben bestimmt, was wir uns unter deren politischer Organisation vorstellen: sie muß formal locker und inhaltlich einheitlich sein und sie muß öffentlich arbeiten. Es ist nicht unsere Aufgabe, „Sozialisten zu organisieren" für eine mehr oder weniger bedeutsame Aufgabe in näherer oder fernerer Zukunft. Es ist unsere Aufgabe, dem oppositionellen Bewußtsein und dem antikapitalistischen Protest zu einem sozialistischen Bewußtsein und zu sozialistischen Aktionen zu verhelfen. Das ist nur möglich, indem man politisch und organisatorisch direkt von den drei beherrschenden gesellschaftlichen „Sozialpunkten" ausgeht: dem Betrieb, der Universität und der Schule. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß politisch-syndikalistische Aktionen, jenseits von Partei und Gewerkschaft, auch im Betrieb möglich sein werden. Sicher aber ist, daß die traditionellen Organisationsformen uns heute nicht weiterhelfen.

Lothar Hack

Am Beispiel Berkeley: Rigider Funktionalismus und neue Unmittelbarkeit

Die in einer Gesellschaft zu einer bestimmten Zeit verbindliche Definition der sozialen Realität enthält nicht nur konkrete Typifizierungen, die der Vereinfachung von Entscheidungen und der Orientierung des Handelns dienen und somit einer vergleichsweise direkten Erfolgskontrolle unterliegen — wie etwa alle mit Mode und Prestige gekoppelten Käufe und Verhaltensweisen, deren Mißerfolg sich auf den Gesichtern von Nachbarn und Kollegen unmittelbar abzeichnet; die Definition der sozialen Realität enthält auch Strukturelemente, die in sehr verschiedenen Normen und Verhaltensformen als gemeinsame Grundmuster zu erkennen sind. In vielen Fällen könnte man diese Elemente ‚Werte' nennen, würde mit diesem Begriff nicht eine allzu leicht handhabbare Trennbarkeit der Bereiche angedeutet. Diese Strukturelemente — wie immer man sie bezeichnet — sind einer Erfolgskontrolle nur sehr schwer zugänglich, da sie sich weniger in unmittelbarer Handlungsorientierung äußern als in den Definitionen sozialer Situationen, so daß ihre soziale Bedingtheit oft kaum mehr wahrgenommen wird, was ihnen den Status der Selbstverständlichkeit oder ‚Natürlichkeit' verleiht — bis auch sie, wenn sich die Definition der Realität grundlegend zu verändern beginnt, in die allgemeine Problematisierung hineingerissen werden. Dann wird Geschichte neu geschrieben, und die Soziologen beginnen, neue abstrakte Modelle zu entwickeln.

Da die allgemeinen Verhaltensmuster den Status der Natürlichkeit verlieren müssen, bevor sie der bewußten Wahrnehmung zugänglich werden, dauert es in der Regel lange, bis deutlich wird, was da vor sich geht. Versuche, die unverkennbar sich vollziehenden sozialen Veränderungen im Rahmen der alten Realitäts-Definition zu begreifen, sind in einer

solchen Situation ebenso selbstverständlich wie zahlreich und irreführend. Es ist die zentrale These dieses Aufsatzes, daß in den fortgeschrittensten Industriegesellschaften sich die Problematisierung eines solchen allgemeinen Verhaltensmusters abzeichnet, das bis zur Ununterscheidbarkeit in den Prozeß der Industrialisierung verwoben war: **Der rigide Funktionalismus verliert seine selbstverständliche Verbindlichkeit.**

I

Was sich in den letzten Jahren in Berkeley ereignet hat — und dafür sind die Free Speech Movement (FSM) von 1964 und der Studentenstreik von 1966 nur die sichtbarsten Anzeichen —, läßt sich wohl nur im Rahmen dieser allgemeinen Veränderung begreifen. Jedenfalls sind alle mir bekannten Versuche, ‚Berkeley' zu analysieren, unbefriedigend — insbesondere, wenn man den Dezember-Streik von 1966 anschaut.

Am Mittwoch, dem 30. November, gestattete die Universitäts-Verwaltung — entgegen dem Rat der studentischen Repräsentanten — der U.S.-Marine, einen Rekrutierungstisch im Studentenhaus aufzustellen. Eine Hausfrau aus Berkeley errichtete daraufhin einen Proteststand, obwohl ihr die Verwaltung die Erlaubnis mit der Begründung versagt hatte, sie sei keine Studentin (diese Begründung entspricht den geltenden Regeln, trifft aber auch auf die Marine-Rekrutierer zu; dieser doppelte Standard wurde zum Ausgangspunkt der Auseinandersetzung zwischen Studenten und Verwaltung). Kampus-Polizei forderte die protestierende Hausfrau sehr bald zum Verlassen des Universitätsgeländes auf. Gegen die Rekrutierung demonstrierende und neugierige Studenten versammelten sich in wachsender Zahl um den Ort der Handlung, verärgert über die doppelte Moral und die Unverfrorenheit, mit der sie vertreten wurde. Die spontane Demonstration verwandelte sich in ein Sit-in, mit heftigen, disziplinierten Diskussionen, in deren Verlauf Vertreter der Universitäts-Verwaltung reguläre Polizei auf den Kampus riefen und Verhaftungen vornehmen ließen, woraufhin — aus Solidarität und als Protest — das Sit-in fortgesetzt wurde und schließlich, nach stundenlangen Diskussionen, in einem von ca. 3000 Studenten begrüßten Streikbeschluß endete, der am nächsten Mittag von ca. 8000 Studenten mit großer Mehrheit akzeptiert wurde. Inzwischen hatte sich auch die der American Federation of Teachers (AFT) angeschlossene örtliche Gruppe der Lehrassistenten (deren Existenz zu den wichtigsten Ergebnissen der FSM gehört) für eine Beteiligung am Streik ausgesprochen.

Die Forderungen der Studenten zu diesem Zeitpunkt sind:

1. daß niemals wieder Polizei auf den Kampus gerufen wird, um universitätspolitische Probleme zu ‚lösen';
2. daß keine Disziplinarmaßnahmen gegen die Teilnehmer an der Mittwoch-Demonstration unternommen werden, und daß die Verwaltung alles in ihrer Macht Stehende unternimmt, um zu erreichen, daß keine Anklage gegen die Verhafteten erhoben wird;
3. daß allen nicht-studentischen Personen und nicht-kommerziellen Gruppen mindestens dieselben Privilegien zugestanden werden, deren sich die Regierungsorgane erfreuen;
4. daß die Disziplinarverhöre der Universität in Zukunft öffentlich abgehalten werden;
5. daß Verhandlungen beginnen, die ein System gerechter und effektiver Studenten-Repräsentation etablieren, durch die Formulierung eines neuen politischen Konzeptes zur Regulierung studentischer Aktivitäten.

In diesem Katalog betrifft der 3. Punkt den unmittelbaren Anlaß der Auseinandersetzungen (es gehört zur Ironie dieses Streiks, daß diese Forderung m. W. die einzige ist, der die Universitäts-Verwaltung inzwischen stattgegeben hat, so daß der Auslöser des Streiks inzwischen legitimiert wurde, die bei der Demonstration verhafteten Nicht-Studenten nichtsdestoweniger zu gekoppelten Geld- und Gefängnis-Strafen verurteilt wurden, die wegen der eingelegten Berufung allerdings noch nicht wirksam sind). Die zweite der genannten Forderungen betrifft die Folgen der Demonstration, während die Forderungen 1 und 4 auf eine Regulierung des Verhaltens der Universitäts-Verwaltung in oder nach zukünftigen Auseinandersetzungen abstellen. Nur der 5. Punkt des Katalogs formuliert ein genuin politisches Ziel, das in den folgenden Streik-Tagen als Ruf nach „student power" seine schlagende Formulierung fand und mit einer solchen Vehemenz vertreten wurde, daß nicht nur die NEW YORK TIMES ein ‚showdown' erwartete [1]).

Nach tagelanger souveräner Verhandlungsunwilligkeit der Verwaltung; nach einer verwaschenen, faktisch das Verhalten der Verwaltung legi-

[1]) Ben A. Franklin „A Showdown Is Expected in Strike at Berkeley", in: NEW YORK TIMES, 4. Dez. 1966; vgl. die eine Fortsetzung des Streiks betreffenden Erwartungen in Michael Shutes Artikel „Student Strike at Berkeley", in: NEW POLITICS, Spring 1966(!), S. 91—93.

timierenden Resolution der Fakultät; und nach einer geschickt dosierten Drohung des die Universität von Kalifornien beherrschenden Board of Regents; und mit den unmittelbar bevorstehenden Schlußexamina für das laufende Quartal vor Augen, beschlossen die Studenten am Dienstag, dem 6. Dezember in einer euphorischen Sitzung, den Streik zu ‚unterbrechen'. Verabschiedet wurde folgendes, vom Streik-Komitee eingebrachte Resümee:

„Aus dieser letzten Woche und dem ganzen letzten Quartal haben wir vier Lehren gezogen:

- Die Fakultät kann unsere Probleme nicht lösen . . .
- Nur direkte Aktion gegen die Verwaltung kann uns den Freiheitsraum schaffen, den wir brauchen, wie es geschehen ist. Aber die Verwaltung kann nicht gezwungen werden, für uns das zu erreichen, was wir in diesem Raum brauchen. Das ist unsere Aufgabe.
- Wir können diesen Raum verteidigen. In der Resolution der Regents wurde keine rückwirkende Vergeltung ausgesprochen. Wir verstehen das als Indikator dafür, daß sie unsere Stärke respektieren und erkennen, daß die Universität zerstört worden wäre, wenn sie direkte Aktion gegen uns gerichtet hätten. Auf der anderen Seite zeigt ihre Resolution, daß sie in der Zukunft bereit sind, lieber diese Zerstörung zu erzwingen als unseren gerechten Forderungen zuzustimmen.
- Eine Gemeinschaft, die verloren schien, hat sich wieder offenbart, bemerkbar und in Entwicklung begriffen. Was jetzt benötigt wird, ist der Aufbau von Institutionen, die dem Ausdruck und dem Wachsen dieser Gemeinschaft angemessen sind. Laßt uns jetzt, wo wir dies gelernt haben, zu bauen beginnen."

Am folgenden Morgen wurden diese Lektionen auf einem Flugblatt publiziert, das auf seiner anderen Seite — zwischen einer zum Ausschneiden bestimmten schwarzen Augenmaske und einem taubenförmigen gelben Unterseeboot — folgende ‚Erklärung' enthält:

„‚The Yellow Submarine' wurde zuerst von den Beatles vorgelegt, die uns einen neuen Singstil lehrten. Es wurde von Hippy-Pazifisten in einem New Yorker Hafen vom Stapel gelassen und führte dann eine Friedens-Parade durch eine Straße in New York. Am vergangenen Abend feierten wir die wachsende Fusion von Kopf, Herz und Händen, von Hippies und Aktivisten, und unsere

Freude und unser Vertrauen in unsere Fähigkeit, uns um uns und was unser ist selbst zu kümmern. Und so machten wir eine Resolution und brachen in Gesang aus; und wir adoptieren für heute dieses unerwartete Symbol unseres Vertrauens in unsere Zukunft und unserer Sehnsucht nach einem Platz, wo wir alle leben können. Please post, especially where prohibited. We love you."

Es ist vermutlich einfach, die Sprache dieser Texte rigoros zu analysieren, die unverhüllte Euphorie festzumachen und mit der Schwärmerei der deutschen Jugendbewegung zu Beginn dieses Jahrhunderts zu vergleichen — aus dem Gelben Wagen ist im Gefolge der technischen Entwicklung das Gelbe Unterseeboot geworden. Die einfache Analogisierung zerbricht, wenn man die Vergleiche ins Detail treibt: statt bedingungsloser Kriegsbegeisterung gilt bedingungsloser Pazifismus; für rigorose Abkehr von der Welt der Erwachsenen steht Engagement in der Bürgerrechts-Bewegung und im ‚Krieg gegen die Armut'; weitere wichtige Unterschiede lassen sich aufzählen. Es bleibt der Eindruck, daß Emotionalität dominierte, und die Euphorie bleibt unerklärlich, wenn man sie an den Erfolgen des Streiks mißt: keine der genannten Forderungen war am Abend des Streikabbruchs erfüllt, und von einer Teilnahme der Studenten an der Formulierung der sie betreffenden Regeln und Satzungen der Universität war keine Rede. Wörtlich. Dieses Ziel war nicht erreicht worden, und man sprach nicht davon, daß man es nicht erreicht hatte. Und doch herrschte allgemeine Glückseligkeit. Wieso?

Wolin und Schaar[2]) haben sicher nicht ganz unrecht, wenn sie die Ausgelassenheit der Studenten als Erleichterung erklären: „Sie waren unartig gewesen und sind nicht zu arg bestraft worden, jedenfalls noch nicht." Diese Kinder-Psychologie vermag jedoch nicht zu erklären, wieso sich Studenten in einer so ernsthaften Institution wie der modernen Universität wie Kinder zu benehmen wagen. Diese — bei Wolin und Schaar beiläufige — Erklärung hat mit den meisten Versuchen, die neuen Unruhen der amerikanischen Universitäten verständlich zu machen, gemeinsam, daß sie von einem politischen Kontext weit entfernt ist.

II

In dieser Hinsicht beispielhaft scheint mir S. M. Lipsets Aufsatz „University Student Politics"[3]) zu sein, der nach der FSM-Revolte geschrieben

[2]) Sheldon S. Wolin and John H. Schaar „Berkeley and the University Revolution", in: THE NEW YORK REVIEW OF BOOKS, 9. 2. 1967, S. 18—24.

[3]) Seymour Martin Lipset „University Student Politics", in: S. M. Lipset and S. S. Wolin (eds.) „The Berkeley Student Revolt", Anchor Books, 1965, S. 1—9

wurde, und dessen Hypothesen sich an dem zweiten Streik geradezu experimentell überprüfen lassen. Lipset konzentriert sich in diesem Artikel auf die in der sozialen Situation der Studenten enthaltenen Status-Probleme und die daraus resultierende Angst und Aggression und verbindet diese Interpretation mit der an Max Weber angelehnten Behauptung, daß Studenten noch nicht gelernt hätten, die auf absolute Prinzipien gegründete Gesinnungsethik durch eine erfolgs- und kompromiß-orientierte Verantwortungsethik zu substituieren. Nur im Vorübergehen sei bemerkt, daß dieses Konzept eine doppelte Beruhigung ausstrahlt: 1. als wachstums-bedingte Übergangserscheinung, als möglicherweise liebenswerter Gärungsprozeß interpretiert, kann der studentische Radikalismus das Schweigen der Väter nicht kritisieren — auch auf die heute so wilden Studenten wartet der Rasenmäher; 2. mit seiner sozialpsychologischen Motivierung in der Hand, kann sich der Forscher die Mühe sparen, nach genuin politischen, vielleicht gar ernst zu nehmenden Ursachen für die neue soziale Aktivität der Studenten zu suchen. Lipsets Konzept vermag auch nicht zu erklären, wieso die amerikanischen Studenten der fünfziger Jahre — bei prinzipiell gleicher Status-Unsicherheit — so viel schweigsamer waren als die Studenten der Sechziger. Der Verlauf des zweiten Streiks der Studenten von Berkeley vermag hingegen Lipsets Konzept nicht ernsthaft in Frage zu stellen — wenn man davon absieht, daß die von den Studenten gegen die Universität erhobenen Vorwürfe z. T. als berechtigt bezeichnet worden sind, womit sich das sozialpsychologische Konzept — noch einmal — als unzureichend erweist.

Der von den beteiligten Studenten am häufigsten zur Bezeichnung ihrer Probleme verwendete Begriff ist wohl: Entfremdung. Im Zusammenhang der FSM erklärte Mario Savio den Studenten-Protest auf einer Versammlung der trotzkistischen Jungsozialisten (Young Socialist Alliance) wie folgt: „Das bedeutendste Konzept zum Verständnis der Studentenbewegung ist Marx' Begriff der Entfremdung. Seine grundlegende Bedeutung ist, daß der Arbeiter von seinem Produkt entfremdet ist, aber das Konzept ist auch auf Studenten anwendbar ... Die Studenten sind frustriert; sie können keinen Platz in der Gesellschaft finden, wo keine Entfremdung herrscht, wo sie sinnvolle Arbeit tun können. Verzweiflung setzt ein, ein flüchtiges politisches Agens. Die Studenten revoltieren gegen den Apparat der Universität. Dies ist die Motivationskraft der Studentenbewegung[4])." Entfremdung, Bürokratisierung, Entmenschli-

[4]) Zit. n. S. M. Lipset and Paul Seabury „The Lesson of Berkeley", in: Lipset/Wolin, a. a. O., S. 344.

chung der Universität, Apparat, IBM — das sind die immer wiederkehrenden Begriffe und Symbole, in denen sich die Unzufriedenheit manifestiert. Doch bevor man sich der anheimelnden Atmosphäre dieses Konzepts allzu bereitwillig überläßt, mag man fragen, woher es kommt, daß diese Aspekte überhaupt wahrgenommen und für so wichtig erachtet werden.

Ein längerer Blick auf einen spezifischen Aspekt des amerikanischen Erziehungssystems ist zum Verständnis notwendig.

Im Unterschied zu Deutschland gibt es in Amerika eine sehr präzise bestimmte Prestige-Hierarchie der Universitäten und Colleges, die in Kalifornien — in dem sogenannten ‚master plan' — besonders sorgfältig ausgearbeitet ist, mit den gemeinen Junior Colleges ganz unten, den etwas angeseheneren State Colleges darüber, und darüber wiederum der Universität von Kalifornien, von deren neun Kampussen Berkeley das höchste Prestige hat, etwa gleichberechtigt mit der privaten Universität in Stanford. Da dieses Prestige-Gefälle ungefähr der tatsächlichen Qualität der Ausbildung in den verschiedenen Instituten entspricht, ist es verständlich, daß viele Eltern und Lehrer in den letzten Jahren der high school erheblichen Druck auf die Kinder ausüben, die für die Zulassung zu den ‚guten' Schulen erforderlichen Zensuren zu erstreben. Ist dieses erste Ziel erreicht, so tritt jedoch keine Pause ein. Die Zensuren, die der Student in seinem ersten Quartal erhält, zählen bereits für seine Durchschnittszensur am Ende des vierten Studienjahres, die wiederum ausschlaggebend dafür ist, ob er seine weitere Ausbildung an einer guten graduate school absolvieren kann (wenn der Student eine akademische Karriere anstrebt, muß er diese Hürde unbedingt nehmen). Minima für die Zahl der pro Quartal zu belegenden Kurse und für die jeweiligen Durchschnittszensuren lenken die Aufmerksamkeit der Studenten unweigerlich auf taktische Probleme, etwa: ein Kurs, in dem man mit guter Wahrscheinlichkeit ein A bekommen kann (so etwas spricht sich 'rum), ist allemal einem Kurs vorzuziehen, in dem vermutlich bestenfalls ein B herausspringt; derartige Überlegungen werden noch dadurch kompliziert, daß die Zahl der Einheiten eines Kurses für die Durchschnittszensur eine Rolle spielt. Die Militärpflicht, von der Studenten mit guten Zensuren freigestellt bleiben, bedeutet einen weiteren Ansporn (an mehreren Universitäten hat es gegen diesen Mechanismus erfolgreiche Revolten gegeben). Diese — und eine ganze Reihe weiterer — Regulierungen sind unverständlich, solange man den Zweck der undergraduate-Erziehung nur in der wissenschaftlichen Grundausbildung und der Vermittlung

technisch verwertbaren Wissens sieht. Mindestens genauso wichtig ist die Funktion der gesamtgesellschaftlichen Status-Zuweisung und, damit eng verbunden, die Konditionierung für den sozialen Konkurrenzkampf — sowohl in dem Sinne, daß der Student lernt, sich möglichst geschickt zu verkaufen, als auch als Entwicklung der Fähigkeit, unverkennbare Niederlagen ertragen zu lernen. Indem jeder Kommilitone zugleich Konkurrent, gegen den man sich zu wehren hat oder von dem man sich mindestens nicht übervorteilen lassen darf, und potentieller Versager ist, mit dem man sich besser nicht gar zu weitgehend eingelassen hat, wenn aus der Möglichkeit Wirklichkeit geworden ist, werden die in der sozialen Mobilität und Status-Unsicherheit ohnehin schon enthaltenen Schwierigkeiten noch weiter verschärft (die geradezu verzweifelte Suche nach Gemeinschaft — ‚community' —, die in dem zuletzt zitierten Flugblatt beispielhaft zum Ausdruck kommt, hat mit Sicherheit in dieser Konstellation eine ihrer wichtigsten Wurzeln). ‚Community' (Gemeinschaft) ist der große gemeinsame Nenner, der einer großen Zahl von Interessen und Moden des neuen Radikalismus gemeinsam ist, von Tönnies und den Mormonen bis zum Happening und LSD; verbunden mit diesem Grundmotiv ist eine anti-analytische Einstellung, die sich manchmal einfach als Anti-Intellektualismus äußert — eines der großen Probleme des Neuen Radikalismus.

III

Lassen sich die undergraduate-Jahre, wie oben skizziert, als Durststrecke bezeichnen, so erhebt sich die Frage, welche Mechanismen vorausgesetzt werden müssen, soll das System funktionsfähig bleiben. Die Voraussetzungen müssen in den frühen Phasen der Sozialisation gelegt werden. Das geschieht beispielhaft im klassischen Mittelstand.

Vor wenigen Wochen erschien auf dem amerikanischen Markt ein Buch mit dem Titel „To Make a Difference", in dem eine Reihe von Aufsätzen abgedruckt ist, in denen Studenten des San Francisco State College versuchen, das Restriktive und Frigide der alten Definition der sozialen Realität zu bestimmen. Einem dieser Artikel[5]) sind die folgenden Passagen entnommen: „Wir alle haben Eltern zu ihren Kindern sagen hören: ‚Faß Vatis Werkzeug ja nicht wieder an; Du machst es kaputt', oder ‚Berühr bloß nicht den fremden Hund, er ist schmutzig, und er hat bestimmt irgendeine schlimme Krankheit', oder ‚Bleib von dem Auto weg,

[5]) Philo B. Baumgartner „The New Reality", in: Otto Butz (ed.) „To Make a Difference", Harper & Row, 1967, S. 78—92.

das gehört jemand anderem', oder ‚Es ist sehr ungezogen, Susi anzugucken, wenn sie nicht angezogen ist'. Das ist systematische, oft rachsüchtige Verhinderung direkter sensorischer Erfahrung. Die Welt steckt voller quälender, verbotener Objekte, die nicht direkt gelebt werden können, sondern von den unhandlichen, gefühllosen Zangen begrifflicher Konzepte in Distanz gehandhabt werden müssen" (S. 80). „Ein Kind wird ständig, oft unbeabsichtigt, daran erinnert, daß es ein kleiner ‚Niemand' ist, aus dem einmal ein großer ‚Jemand' werden kann, wenn es aufwächst und bestimmte kulturelle Ziele realisiert. Das Reich der sozialen Realität und Erwartungen trifft ein Kind besonders hart, wenn es etwa neun, zehn oder elf Jahre alt ist. Es kann nicht einfach Baseball spielen aus bloßer Freude am Spiel; es ist viel zu sehr damit beschäftigt, zu gewinnen oder Spitzenspieler zu sein" (S. 82).

In ihrer Untersuchung der Psychologie des Mittelstands-Kindes[6]) hat Allison Davis die soziale Funktion dieses Verhaltensmusters genauer analysiert. „Wesentlich für die wirksame Sozialisation in unserer Gesellschaft ist die Aufrechterhaltung eines bestimmten Angstniveaus im Individuum ... Diese Sozialisierungs-Angst spielt eine wichtige Rolle als Antriebskraft, die es auf der Bahn vorwärtstreibt, die ihm von seiner Familie, seiner Schule und später dem für es relevanten Sektor der Gesellschaft abgesteckt ist. Die Entwicklung von adaptiver Angst ist im Mittelstandsleben um so wichtiger, als hier die sozialen Vergünstigungen notwendigerweise aufgeschoben werden müssen, solange die verlängerte Ausbildung des Kindes und des Jugendlichen für hochqualifizierte Tätigkeiten und komplexe Verantwortlichkeit andauert. In der Zwischenzeit muß die Angst, die dem Individuum mit dem Verlust sowohl seines gegenwärtigen Status als auch zukünftiger Gewinne droht, als Grundantrieb der Sozialisation dienen" (S. 43).

Das in der alten typischen Mittelstands-Erziehung geprägte Verhaltensmuster läßt sich wie folgt formulieren: unmittelbare Befriedigung wird zugunsten aufgeschobener Befriedigung zurückgestellt; entwickelt werden die Fähigkeit, in langen Perspektiven und Konsequenzen zu denken, und die Unfähigkeit, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun — ein Buch zu lesen, weil es einem gefällt, und nicht, weil man sonst nicht mitreden kann; mit jemandem auszugehen, weil man gern mit ihm zusammen sein möchte, und nicht, weil man mit ihm (mit ihr) gesehen werden und Punkte machen möchte. Die klassische Mittelstandserzie-

[6]) Allison Davis „Psychology of the Child in the Middle Class", University of Pittsburgh Press, 1960.

hung läßt sich somit kurz zusammenfassen als die Einübung des Um-zu, d. h. der Notwendigkeit, jede Tätigkeit als funktional zu sehen — als ‚nützlich für', ‚gesund für', ‚Beitrag zu', ‚hilfreich bei'. (Eine spezifische Perversion dieses Verhaltensmusters, die vermutlich eine besondere Stabilität garantiert, ist eine Einstellung, die man als ‚Lebertran-Prinzip' bezeichnen könnte: wirklich gut, nützlich, gesund ist nur, was unmittelbar unangenehm ist; bei dieser Einstellung besteht sozusagen keine Gefahr, daß man eine Sache oder Betätigung um ihrer selbst willen zu lieben beginnt und die Folgen und Funktionen, für einen Moment, außer acht läßt.) Vom Standpunkt ‚der Gesellschaft' aus ist dieser rigide Funktionalismus für alle Formen des Konsumaufschubs und der Investition nützlich, ‚funktional' gewesen. Mit der seit Jahrzehnten zu beobachtenden Akzentverlagerung von Produktions- auf Konsum-Probleme hat sich das Bild allmählich grundlegend verändert. Hingewiesen sei hier nur auf den Appell für Ratenkäufe: „Kauf' jetzt, zahl' später" — ein Motto, das einen guten Mittelstandsbürger zunächst in schiere Verzweiflung treiben mußte.

Aber auch vom Standpunkt des einzelnen aus ist der an Gratifikations-Aufschub orientierte rigide Funktionalismus in den letzten Jahren immer problematischer geworden, da ein entsprechend ausgerichtetes Verhalten zunehmend seine offensichtliche Zweckmäßigkeit verliert. Erwähnt seien folgende Aspekte:

1. der zum quasi-automatisch verlaufenden Prozeß gewordene technisch-wissenschaftliche Fortschritt, der oft mit einer allgemeinen Steigerung des Lebensstandards verbunden ist, läßt es in vielen Fällen unsinnig werden, heute für eine Sache zu sparen — und somit unmittelbare Befriedigung auszusetzen, wenn übermorgen das betreffende Konsumgut soviel billiger geworden ist, daß man es ohne eine große voraufgegangene Sparanstrengung erwerben kann (Reisen sind vermutlich das beste Beispiel für diesen Aspekt);
2. eines der wichtigsten Anschauungsobjekte für die Zweckmäßigkeit aufgeschobener Befriedigung war für den aufstiegs-orientierten Mittelstandsjungen vermutlich der sexuelle Bereich: wenn die Eltern ihm sagten „Laß die Finger von Mädchen, solange Du in der Ausbildung bist, ehe de dich versiehst, haste 'n Kind am Hals, und dann isses aus mitm Studieren", dann war das für den Jungen einzusehen. Im Augenblick, da Verhütungsmittel allgemein zugänglich sind, verändert sich die Plausibilität in pure Restriktion (die aus dem nun möglichen intensiveren Verhältnis entstehenden emotionalen Pro-

bleme sind weniger deutlich, zumal für sie offenbar nicht das geringste theoretische Interesse besteht, so daß die Chance, die persönliche Erfahrung zu antizipieren, gering ist);

3. nicht abzusehen ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Massenmedien. Wie wirkt sich die unbegrenzte unmittelbare Zugänglichkeit des als Baby-Sitter verwendeten TV-Apparates auf 2-, 3- und 4jährige Kinder und auf Erwachsene aus? Was hat die von den audio-visuellen Massenmedien gebotene scheinbare Unmittelbarkeit für eine Wirkung? Was hat es für eine Wirkung, daß in aller Regel eine Unzahl von Informationen ohne Zusammenhang geboten werden, so daß jede Information für sich steht?

Wird aus diesen und anderen Gründen das alte Verhaltensmuster fragwürdig, so ist der Grund für eine Frage gelegt, die in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft zum Dynamit werden kann, wenn sie von hinreichend vielen Menschen gestellt wird: warum soll ich mir jedes Jahr ein neues Auto kaufen, nur um meinem Nachbarn zu imponieren? Kritisch sind dabei nicht die möglichen Verstopfungen auf dem Automarkt (und anderen Märkten); kritisch werden kann dagegen die Einsicht, wenn sie allgemein und verhaltensbestimmend wird, daß die vom rigiden Funktionalismus auferlegten Entbehrungen unter den Bedingungen der Überfluß-Gesellschaft in keinem Verhältnis stehen zu den ausgesetzten Belohnungen [7]).

IV

Von hier aus läßt sich die Schwierigkeit der modernen Universität wie folgt bestimmen: Die Ausrichtung der undergraduate-Erziehung war unproblematisch, solange der Mittelstand — der nach wie vor an den amerikanischen Universitäten dominiert — Studenten einbrachte, denen der rigide Funktionalismus als fragloses Verhaltensprinzip galt, und die aus dieser Einstellung heraus die Funktion der Universität als soziales Sieb und sozialen Status-Zuweiser bedingungslos akzeptierten; ein noch so uninteressanter Kurs bietet in diesem Kontext das beruhigende Umzu, Beitrag zum sozialen Aufstieg zu sein. Sobald der rigide Funktionalismus jedoch seine allgemeine Verbindlichkeit für den einzelnen verliert, tritt das Verlangen in den Vordergrund, daß Seminare und Vorlesungen unmittelbare Bedeutung haben müssen, daß sie dazu beitragen, die Fragen beantworten zu helfen, die der Student hat; ein Professor

[7]) Vgl. hierzu Robert L. Heilbronner „The Future of Capitalism", in: COMMENTARY, April 1966, S. 23—35.

oder Lektor muß es im Kurs anschaulich werden lassen, warum er über die Amöbe, die Römer oder die Eiweißstruktur spricht.

Dieser Forderung nach unmittelbarer Bedeutsamkeit kann die Universität — auch oder gerade im Bereich der Grundausbildung — nicht nachkommen, aus zwei Gründen:

1. Wohl jede Wissenschaft umfaßt Bereiche, deren Bedeutung vor allem in dem mittelbaren Beitrag liegt, den sie für die eigentlichen Erkenntnisprozesse zu leisten vermag. (Das heißt allerdings nicht, daß den Fragen der Studenten — oder allgemeiner: einer Problemorientierung — nicht viel weitergehend stattgegeben werden könnte, als es zur Zeit in vielen Fällen Usus ist; das Einüben von Methoden zur Beantwortung von Fragen, die nicht übermäßig interessant sind, nur weil man diese Fragen gerade beantworten kann, ist kein notwendiger Bestandteil wissenschaftlicher Ausbildung.)
2. Wichtiger ist im vorliegenden Zusammenhang jedoch die soziale Funktion der Universität, eben jenen rigiden Funktionalismus aufrechtzuerhalten, da er eines der wichtigsten Strukturprinzipien der modernen kapitalistischen Gesellschaft ist. Die Funktionskette verläuft wie folgt: Notwendigkeit, eine nicht an Bedürfnissen orientierte Massenproduktion aufrechtzuerhalten, wozu eine Koppelung von Konsum und Prestige erforderlich ist, die ihrerseits als Ansporn und Belohnung im beruflichen Konkurrenzkampf zu dienen hat. Darüber hinaus ist eines der wichtigsten Kennzeichen technischer und administrativer Rationalität die Verlängerung der Handlungsketten, was im Umgang mit den großen Institutionen und Bürokratien — die ja in den gegenwärtigen hochindustrialisierten Gesellschaften in nahezu alle Lebensbereiche hineingreifen — die Fähigkeit voraussetzt, in eben diesen langen Handlungs- und Verlaufsketten denken zu können. Es hat keinen Sinn, den Portier im Finanzamt anzuschreien, die Steuersätze seien — verdammt noch 'mal — schon wieder gestiegen; und meistens hat es vermutlich auch keinen Sinn, dem zuständigen Sachbearbeiter mit diesem Einwand aufzulauern. Die gegenwärtig verbindliche Definition der Demokratie — um ein anderes Beispiel zu nehmen — setzt die Fähigkeit und Bereitschaft voraus, mit seinen Einwänden und Zustimmungen bis zum nächsten Wahljahr warten zu können; aber auch die vergleichsweise direkten Formen politischer Beteiligung — wie Demonstrationen und Briefe an Abgeordnete — sind in der Regel weit von einer unmittelbaren Beeinflussung der politischen Entscheidungen entfernt.

Faßt man die beiden Tendenzen zusammen, so ergibt sich folgendes Spannungsfeld: auf der einen Seite machen kontinuierlich steigender Lebensstandard und kontinuierlicher wissenschaftlich-technischer Fortschritt es möglich (manchmal — wie etwa bei der Konsumorientierung — sogar nötig), daß die Individuen die für sie verbindliche Zeitperspektive erheblich reduzieren; auf der anderen Seite ist die Funktionsfähigkeit der modernen technisch-wissenschaftlichen Zivilisation vermutlich stärker als je zuvor von der Fähigkeit der Menschen abhängig, sich den langen Verlaufsketten der hochgezüchteten Rationalität verfügbar zu halten — der gesellschaftliche Bedarf an hochqualifizierten Fachkräften und die Arbeits- und Konstruktions-Muster von Bürokratien und Großorganisationen sind Beispiele.

V

Hier reißt zwischen gesellschaftlichen und individuellen Bedürfnissen eine Kluft auf, deren Restriktivität und Brutalität auch theoretisch zur Zeit schwer zu antizipieren ist. Am Ende von „Industrialism and Industrial Man" nehmen Clark Kerr und seine Mitarbeiter dieses Problem wie folgt auf: „Die neue Sklaverei und die neue Freiheit gehen Hand in Hand. Utopia kommt nie, aber die Menschen mögen sich sehr wohl mit den Früchten eines größeren Freiheitsspielraums in ihrem persönlichen Leben auf Kosten einer beachtlichen Konformität in ihrem Arbeitsleben zufriedengeben. Wenn man sagen kann, daß der pluralistische Industrialismus eine gespaltene Persönlichkeit hat, dann wird das Individuum in dieser Gesellschaft ebenfalls ein gespaltenes Leben führen; es wird ein pluralistisches Individuum sein, mit mehr als einem Verhaltensmuster und mehr als einer dominanten Ergebenheit [8])."

Bei dem Versuch, dieses Schizophrenie zu sanktionieren, bekommt die sozialpsychologische Rollentheorie unmittelbar politische Bedeutung: Nur wenn mit Recht angenommen werden kann, daß es für den einzelnen möglich ist, Stechkarte und Skatblatt, Diktaphon und Tonband, Arbeit und Freizeit rigoros auseinanderzuhalten, ist die sich nach Kerr abzeichnende Perspektive akzeptierbar. Eine der Revolten, die zur Zeit in Berkeley stattfinden, wendet sich gegen diese sanktionierte Schizophrenierung. In ihrem bereits zitierten Buch hat Allison Davis eines der von Kerr und seinen Mitarbeitern gleichmütig vernachlässigten Pro-

[8]) Zit. n. B. Payne, D. Walls, and J. Berman „Theodice of 1984: The Philosphie of Clark Kerr", in: M. Cohen and D. Hale (eds.) „The New Student Left", Beacob Press, 1967, S. 234.

bleme dieser Entwicklung sehr präzise bestimmt. „Die Gesellschaft scheint nur daran interessiert zu sein, daß sie genügend gut ausgebildete Physiker, Mathematiker, Verwaltungsleute, Techniker, Lehrer, Ingenieure, Staatsmänner und Diplomaten hat, und sie scheint sich nicht gar zu sehr um die Kosten zu sorgen, die diese Ausbildung in bezug auf die emotionalen und geistigen Ressourcen des Individuums hat[9])." Es sind aber nicht nur die im ‚Rattenrennen' des Berufslebens erlittenen Störungen und Zerstörungen, die sich im Zusammenhang mit der rigorosen Anwendung der Rollentheorie etwas seltsam ausmachen; man muß — ganz allgemein — schon sehr abstrahieren, wenn man den Einfluß, den das Berufsleben gegenwärtig auf die Freizeit hat, ausschalten will.

VI

Es wurde bereits gesagt, daß die undergraduate-Ausbildung — allgemeiner natürlich das gesamte Erziehungssystem — in dem dargestellten Spannungsfeld ins Zentrum geraten ist. Dabei entspricht die bisher verbindliche soziale Definition der Universität dem Muster des rigorosen Funktionalismus, wogegen die Studenten mit zunehmender Verve eine der neuen Unmittelbarkeit entsprechende Definition setzen. Der Dezember-Streik von 1966 läßt sich sehr weitgehend von dieser neuen Realitäts-Definition aus begreifen: der Ausbruch des Streiks war im wesentlichen eine unmittelbare, spontane Reaktion auf das Erscheinen der Polizei auf dem Universitätsgelände; das folgende Happening hatte deutlich politische Elemente, aber es war eben ein Happening; am Ende herrschte Trubel, weil man ein paar schöne, mit Gemeinschaftsgefühlen gesättigte Tage hinter sich hatte, und keine bösen Konsequenzen drohten. Bevor das als zu harmlose Interpretation abgetan wird, sei an die dritte der oben abgedruckten ‚Lehren' erinnert, in der mit Genugtuung vermerkt wird, daß die Regents es nicht gewagt haben, direkte Aktionen gegen die Studenten zu unternehmen. Als Interpretation der universitäts-politischen Verhältnisse ist das unsinnig, da es den Eindruck erweckt, der von den Studenten verteidigte Status quo werde von den Regents in Frage gestellt. (Daß die Regents ganz andere Mittel als ‚direkte Aktionen' anwenden, wenn sie die Definition der Situation verändern wollen, zeigte sich bei der Einführung des Quartal-Systems anstelle des bis zum Sommer 1966 geltenden Semester-Systems, gegen die es symptomatischerweise keine ernsthaften Proteste der Studenten gegeben hat; diese Neuerung ist doppelt interessant: 1. verschärft sie die alte Definition der Uni-

[9]) A. Davis, a. a. O., S. 3.

versität, da sie eine noch rigorosere Disziplinierung erlaubt, und 2. hat sie vermutlich ganz unschuldig erheblich zum Ende des Streiks beigetragen, da sie die wichtigen Schluß-Examina um mehrere Wochen vorverlegte.) Die Formulierung der dritten Lehre zeigt deutlich, daß der Streik — wie eben jedes Happening — seinen Wert primär in sich hatte, und von den meisten Studenten nicht so sehr danach beurteilt wurde, was er zu bestimmten, ‚außerhalb' seiner selbst gelegenen Zielen beigetragen hat — was, wie gesagt, sehr wenig war.

Diese neue Einstellung läßt sich natürlich leicht lächerlich machen und als total unpolitisch von der Hand weisen. Doch sei — noch einmal — daran erinnert, daß viele der am Streik aktiv partizipierenden Studenten in der Bürgerrechtsbewegung, im Krieg gegen die Armut und im Protest gegen den Vietnam-Krieg ‚politisches' Verhalten gezeigt haben. Der scheinbare Widerspruch läßt sich einigermaßen auflösen. Michael Harrington ist m. W. der einzige, der auf dieses kleine Dilemma näher eingegangen ist: „Die große Gabe, die die Neue Linke von der Negerbewegung erhalten und an die akademische Mittelstandsjugend weitergegeben hat, war ein Gefühl sozialer Aufsässigkeit. Der Skandal im Hinterland Mississippis oder in Harlem ist so offensichtlich, wenn man sich nur bequemt, ihn zur Kenntnis zu nehmen, daß keine Theorien erforderlich sind, um angemessen zu reagieren. Die Neue Linke wandte diese Bürgerrechts-Einstellung auf das Problem der Armut und später auf das des Vietnam-Krieges an. Das Ergebnis war eine existentielle, moralische und ganz emotionale Kritik der gesamten Gesellschaft . . . Es war dieses Gefühl der Aufsässigkeit, erzeugt von Negern, das die verdummende politische und geistige Atmosphäre der fünfziger Jahre Eisenhowers zerstörte. Aber diese Entwicklung hatte auch etwas Gefährliches. Bloße Aufsässigkeit und Entschlossenheit waren absolut wesentlich für die jungen Leute, die die Friedensfahrt unternahmen oder, im Mississippi-Sommer von 1964, Tod und Gefängnis vor Augen hatten. Wenn sich der Problembereich jedoch auf die komplizierten Wechselbeziehungen verlagert wie Arbeitsplätze, Erziehung, Wohnung, das Bedürfnis für nationale Planung, die Möglichkeit der Entwicklung eines wirklich effektiven Armuts-Programms usw., dann wären politisches Denken und politische Strategie bitter nötig, sind jedoch nicht vorhanden [10])."

Die sozialen Bereiche und die politischen Aktionen, in denen sich der Neue Amerikanische Radikalismus am deutlichsten manifestiert hat, las-

[10]) Michael Harrington in seiner Einleitung zu Jack Newfields Buch „A Prophetic Minority", Signet Books, 1967, S. 12.

sen sich demnach durch die Chance sinnvoller Unmittelbarkeit charakterisieren. Mit einem faszinierenden Einfallsreichtum wurden dabei Maßnahmen und Taktiken ausgedacht und angewandt, die in die angestrengte Ernsthaftigkeit der politischen Sphäre eine neue Dimension eingebracht haben. Wie sehr diese politische Einstellung, derzufolge politische Betätigung auch Spaß machen kann, der alten, am rigorosen Funktionalismus orientierten Definition der Politik widerspricht, wird an der Tendenz deutlich (die man bei vielen älteren Beobachtern der Szene feststellen kann), diese neue Unmittelbarkeit zum Ausgangspunkt für psychologische Erklärungen zu nehmen. Typisch für die neue Einstellung ist etwa folgender Satz, der in „Berkeley Barb" — der Wochenzeitung des hiesigen Hippy-Untergrundes — in einem Artikel über die Friedens-Demonstration in San Francisco (15. April) erschien: „Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der Marsch eine fröhliche und bedeutsame Einheit gegen die Fortsetzung des Vietnam-Massakers war [11])."

VII

Es stellt sich natürlich die Frage nach der politischen Reichweite der neuen Einstellung. Unter diesem Gesichtspunkt offenbart sich die große Schwäche des Neuen Amerikanischen Radikalismus: sein traditionell amerikanischer ‚Idealismus', der die prägende Kraft von ökonomischen Verhältnissen und institutionellen Gegebenheiten gering und die Einflußmöglichkeiten des entschlossenen Individuums oder entschlossener Gruppen sehr hoch veranschlagt. Unter den modernen Bedingungen, in denen der am movens quo ausgerichtete wissenschaftlich-technische Fortschritt die verbindliche Definition der sozialen Realität außerordentlich stark beeinflußt, und die wichtigen sozialen Institutionen sehr weitgehend ineinander verwoben sind, sind der Reichweite der unmittelbaren Orientierung vermutlich engere Grenzen gesetzt als je zuvor. Das heißt, die neue Unmittelbarkeit darf als Orientierungsmuster nicht an die Stelle des alten rigiden Funktionalismus treten, sie muß ihn ergänzen und modifizieren. Die Entscheidung, ob man Humphrey mit Pudding bewerfen, ein Großkaufhaus blockieren oder Strauß zu Wutausbrüchen provozieren soll, darf ebensowenig an Hand der Frage entschieden werden, ob das denn ‚akademisch' sei — worin sich ein völlig unangemessener Purismus im Angesicht der Mord-Safari in Vietnam oder einer unmittelbaren Bedrohung der Demokratie ausdrückt — wie an Hand eines reinen Spaß-Kalküls. Es ist wohl doch etwas zu egoistisch, die Aufhebung

[11]) How Not To Blow It, in: BERKELEY BARB, 21.—27. April 1967.

der Entfremdung in politischen Happenings zu suchen, wenn das unter den herrschenden Bedingungen mit großer Wahrscheinlichkeit zu einer Aktivierung und Stärkung der ‚reaktionären Elemente' führt, ohne daß erkennbare positive Konsequenzen zu erwarten wären. Die scharfe Abgrenzung der neuen amerikanischen Neger-Bewegung vom neuen studentischen Mittelstands-Radikalismus hat vermutlich in dieser Selbstbezogenheit eines großen Teils der engagierten Studenten einen seiner wichtigsten Gründe.

VIII

Für die deutschen Verhältnisse lassen sich aus den vorstehenden Überlegungen, meine ich, zwei Lehren ziehen:

1. der Neue Amerikanische Radikalismus ist in seinem **politischen** Gehalt weitgehend an Probleme gebunden, die sich eher mit denen Spaniens oder der Entwicklungsländer als mit denen in anderen hochindustrialisierten Gesellschaften vergleichen lassen (es ist wohl doch ein Unterschied im politischen Aufforderungscharakter einer Situation, ob man einen Sohn hat, der sehr bald nach Vietnam geschickt werden kann, oder ob man eine Regierung hat, die einer anderen Regierung ‚die Treue hält', wenn diese in einem fernen Winkel ein Volk ermorden läßt); für die komplexen Probleme der modernen Gesellschaft ist ‚Berkeley' mehr Symptom als artikuliertes Konzept;
2. die sich in der Bundesrepublik abzeichnende Umwandlung der Universitäten in rein funktional ausgerichtete Instanzen der Gesellschaft kann nicht einfach als Fortschritt begrüßt werden, da sie die berechtigten Forderungen der einzelnen nach Unmittelbarkeit außer acht läßt. Die Einführung eines Studienhonorars und eine dementsprechende Einstellung zum Studium als einer Tätigkeit, die einen Wert und Bedeutung in sich hat, wären wichtige Faktoren in diesem Zusammenhang. Es ist nicht einzusehen, warum das Lustprinzip nicht zu einem Strukturprinzip der Universität werden soll.

Volkhard Mosler

Arbeitnehmereinkommen unter der Großen Koalition

I

Der letzte Konjunkturzyklus der westdeutschen Wirtschaft (Mitte 1963 bis 1967) unterschied sich von den drei vorhergehenden Zyklen seit 1950 nicht nur darin, daß sein Gipfel flacher und sein Tal tiefer war. Zum ersten Mal machten sich auch in Westdeutschland die „negativen" Erscheinungen der Vollbeschäftigung bemerkbar. In den vorhergehenden Zyklen konnte man noch auf mehr oder weniger große Arbeitskräftereserven zurückgreifen. In den Fünfzigern dienten die 10 Mill. Flüchtlinge aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs und bis zum Bau der Berliner Mauer der ständige Flüchtlingsstrom von Ost- nach Westdeutschland (ca. 2,5 Mill.) als industrielle Reservearmee. Diese Arbeitskräftereserven ermöglichten eine schnelle Vermehrung des Kapitals, indem sie den Preis der Ware Arbeitskraft relativ niedrig hielten und die Profite auf Kosten der Löhne wachsen ließen. (Hier liegt das „Geheimnis" des deutschen, italienischen und japanischen Wunders.) Der hohe Grad der Unterwerfung der Arbeiter unter die Akkumulation des Kapitals kommt darin zum Ausdruck, daß in den Fünfzigern der Anteil des Einkommens aus unselbständiger Arbeit am Volkseinkommen (sog. Lohnquote) um die 60 %-Grenze stagnierte (1950 59,1 %; 1960 60,8 %), obwohl sich der Anteil der Unselbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen in diesen Jahren rasch erhöhte. Seit 1960 sind diese Kräftereserven mehr oder weniger erschöpft, wenngleich im Zyklus 1959—63 die ausländischen Arbeiter aus Südeuropa eine Überanspannung des Arbeitsmarktes verhinderten.

Trotz relativ langsamerer Vermehrung des Kapitals im letzten Zyklus

war deshalb die Stellung der deutschen Lohnarbeiter auf dem Arbeitsmarkt stärker als je zuvor: 1965 kamen im Jahresdurchschnitt 650 offene Stellen auf 100 Arbeitslose. Die Nettolöhne und Gehälter stiegen 1965 um 11,4 % (1964 9,6 %). Und obwohl Löhne und Gehälter 1966 nur noch um 7,4 % gestiegen sind, konnte die Arbeiterklasse ihren Anteil am Volkseinkommen noch einmal steigern, da die Profite in den Abschwungsphasen der Zyklen zunächst schneller sinken als die Löhne. Waren die Einkommen aus unselbständiger Arbeit bis 1960 langsamer als das Volkseinkommen gestiegen, so hat sich dieser Trend seitdem umgekehrt. Die Lohnquote ist von 60,8 % (1960) auf 67,4 % (1966) gestiegen, während sich die Quote der abhängig Beschäftigten im angegebenen Zeitraum nur von 77,3 % auf 80,8 % erhöhte. Während also der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen um (relativ) 4,5 % stieg, erhöhte sich der Anteil aus unselbständiger Beschäftigung am Volkseinkommen um 10,9 %.

Ohne Zweifel fällt es den westdeutschen Kapitalisten auf die Dauer immer schwerer, die Lohnsteigerungen ohne Gewinneinbußen auf die Preise umzuwälzen. Dabei litten die Profite in den ersten beiden Jahren nach der DM-Aufwertung, weil diese es vorübergehend erschwerte, die Profitmargen durch Preiserhöhungen zu verteidigen. Seit 1965 sind es gerade die Preissteigerungen, die auf längere Sicht die Profite bedrohen. In der zweiten Hälfte des vierten Konjunkturzyklus seit Bestehen der BRD wirkte sich die neue Lage des „Wachstums ohne Arbeitskräftereserven" zum ersten Male voll aus:

- Die Lohnkosten je Produkteinheit stiegen 1965, anders als noch 1963 und 1964, in der deutschen Industrie schneller als in den wichtigsten Konkurrenzländern.
- Die westdeutsche Inflationsrate lag 1965 und 1966 mit beinahe 4 % über dem internationalen Niveau.
- Anders als in den meisten vorangehenden Jahren haben sich die Terms of Trade 1965 und 1966 für die deutsche Wirtschaft verschlechtert.

Wenn es auch, wie im Gutachten des Sachverständigenrates zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung von 1966 betont wird, keine Gefahren für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie gab (das beweisen die hohen Zuwachsraten im Exportgeschäft), so führte diese Entwicklung immerhin zum tiefsten Gewinneinbruch seit 1958. Nach einer privaten Untersuchung des Kölner Bankhauses Herstatt reduzierte sich der

Bruttoprofit der deutschen Aktiengesellschaften 1965 um rund 7 %. 1964 waren die Bruttoprofite dagegen um 15,6 % gestiegen. Die Kapitalrentabilität fiel 1964/65 von 15,7 % auf 13,6 %. Diese Tendenz der fallenden Profite hat sich 1966 noch einmal verschärft. Selbst in der lohnextensiven Chemieindustrie gelang es nur durch hohe Umsatzsteigerungen, die Gewinne konstant zu halten. So erhöhte sich der Gesamtumsatz der BASF-Gruppe 1966 um 16,2 %. Der Bruttoprofit war aber um 1,2 % niedriger als im Jahr zuvor. In den Berichten der Stahlindustrie ist durchgängig von der „ruinösen Ertragslage" die Rede. Die Bundesbank schätzt, daß die nicht entnommenen Profite 1966 um ca. 10 % gefallen sind. Die Ursache hierfür kann allerdings nicht allein in dem wachsenden Druck der Lohnkosten gesucht werden. Infolge des Vietnambooms verteuerten sich eine Reihe wichtiger Rohstoffe. Zu den gestiegenen Materialkosten gesellten sich die höheren Kapitalkosten, die ebenfalls infolge des Vietnambooms international gestiegen waren. Bundesbankpräsident Blessing gab dieser Tendenz im Mai 1966 noch einen kräftigen Stoß, indem er die Diskontsätze um ein Prozent hochsetzte. Damit nahm die Rezession das gewünschte Ausmaß an. Die westdeutsche Wirtschaft sollte sich gesundschrumpfen. Die sozialen Folgen dieses Schrumpfungsprozesses bescherten uns die Große Koalition, eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitslosenzahl auf zeitweise über drei Prozent, stagnierende Löhne und die Aussicht auf höhere Profite. „Konzertiert" ist die ganze Aktion nur insofern, als auf allen Fronten zum Angriff auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse geblasen wird: gegen betriebliche Sozialleistungen und übertarifliche Löhne, gegen die autonom ausgehandelten Gewerkschaftstarife und gegen staatliche Sozialleistungen.

II

Da sich die Bundesbank konstant geweigert hatte, die Kreditbremse zu lockern, bevor die Bundesregierung und die Gewerkschaften konkreten „Sparwillen" demonstrierten, wuchs der Druck gegen die Erhardregierung in den Kreisen der Privatindustrie schnell. Erhard, ein Gefangener seiner liberalen Ideologie, wehrte sich gegen eine Ausdehnung der staatlichen Wirtschaftseingriffe. Wiederholt kritisierte er öffentlich das ihm unterlegte „Gesetz zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität", das durch die Beseitigung der Finanzhoheit der Länder und Gemeinden der Regierung den Zugang zur Finanzierung wichtiger Bedürfnisse der Bevölkerung wie kulturelle Einrichtungen, Krankenhäuser, Straßen usw. verschaffen sollte, um u. U. den angespannten Kapitalmarkt für private

Investitionen freizuhalten. Erhard glaubte ehrlich und ernsthaft, durch ständige Appelle an die Vernunft aller Marktteilnehmer die Stabilität der DM retten zu können. Seine Maßhalteappelle fanden taube Ohren. Zudem hatte sich Erhard durch seine Nachgiebigkeit in den Devisenverhandlungen mit der Johnson-Regierung unbeliebt gemacht. Kurz vor seinem Abtritt war nicht einmal ein Fünftel der 1964 versprochenen und 1965 auf Erhards Amerikareise bekräftigten Devisenhilfe für Waffenkäufe getätigt. (Bis zum Juni 1967 sollten nach dem Abkommen Waffen im Werte von 5,4 Mrd. DM in den USA gekauft werden.) Als dann Erhard im November 1966 im Kampf mit Katzer um einige Kürzungen im Sozialhaushalt ‚umfiel', war das Maß voll. So konnte die Profitrate nicht erhöht werden. Dazu brauchte man eine „starke" Regierung. Die ‚schwarz-rote' Koalition allein konnte diese Aufgabe lösen.

Die Großindustrie weiß die „Vorzüge" der neuen Regierung zu schätzen. In ihrem Sprachrohr, dem Industriekurier, wurde die Bedeutung der Großen Koalition klar umrissen: „Die Krise, die die Regierung jetzt aufzufangen hofft, ist in Wirklichkeit die beginnende Krise des Sozialstaates. Es ist ein bemerkenswertes Zusammentreffen, daß sie gerade in dem Augenblick erkennbar wird, in dem die SPD zum ersten Male an der Regierungsverantwortung beteiligt ist. Es ist ihr Programm, das sich jetzt als undurchführbar erweist, das Programm der SPD, das aber die CDU ins Werk gesetzt hat, um dem großen Konkurrenten den Wind aus den Segeln zu nehmen . . ." „Die SPD hat nun in der Regierung ihre große Aufgabe . . ." „Die engen Verbindungen zwischen SPD und den Gewerkschaften, die bisher als Einfluß der Gewerkschaften auf die Sozialpolitik der SPD in Erscheinung traten, müssen jetzt umgekehrt die Einflußnahme der SPD auf die Gewerkschaftsführer ermöglichen. Und beide große Regierungsparteien müssen jetzt fest bleiben in dem Entschluß, im Bereich des Staates alles zu vermeiden, was nur der Konsumförderung dient und das Reservoir vermindert, aus dem die Investitionen finanziert werden" (Industriekurier 24. 1. 1967). Die kurze Geschichte der neuen Bundesregierung ist ein getreues Abbild dieser Strategie.

III

Eine der ersten Amtshandlungen des neuen Wirtschaftsministers Schiller war die Erhöhung einiger Verbrauchssteuern (Mineralöl-, Tabaksteuer u. a.) und die Kürzung der Kilometerpauschale. Neben diesen zusätzlichen Belastungen der Bezieher niedriger Einkommen beschloß die Regierung eine Entlastung der Produktionsmittelbesitzer: für 9 Monate

sind Sonderabschreibungen auf Investitionen bis zu 10 % möglich. Zur „Schließung des Defizits" im Haushaltsplan 1967 wurden von der Regierung Mitte Januar dann 2,53 Mrd. DM an Ausgaben gestrichen, die vor allem das Arbeits-, Wohnungsbau- und Landwirtschaftsministerium betrafen. Die so den Arbeitern und Bauern gestrichenen Zuschüsse, Vergünstigungen, Subventionen usw. sollen in einem „Eventualhaushalt" von 2,5 Mrd. DM über Rationalisierungsmaßnahmen bei der Post, Bahn u. a. die Investitionstätigkeit der privaten Unternehmen wieder ankurbeln. Die Aktienkurse der direkt betroffenen Industriezweige, vor allem der Elektro-, der Maschinenbau- und der Bauindustrie kletterten dann auch bald nach Verkündigung des Eventualhaushalts wieder in die Höhe. Das Aktionsmuster der SPD/CDU-Regierung ist klar: Belastung der Arbeitnehmer, Vergünstigungen für die Kapitalisten, Kürzung von konsumptiv wirkenden Ausgaben, Erhöhung der produktiven Investitionsausgaben, Druck auf die Löhne und Erhöhung der Profite.

IV

Wichtigstes Stück der neuen Regierungspolitik ist der Versuch, auch in Deutschland eine Form der staatlichen „Einkommenspolitik" einzuführen. Staatliche Einkommensplanung hat es in verschiedenen Formen in den letzten Jahren in Großbritannien, Italien, Frankreich, Schweden, Norwegen, Belgien, Österreich und den Niederlanden gegeben. Der Wechsel von Inflation, Deflation und Einkommensplanung ist zu einem bekannten Muster des Nachkriegskapitalismus geworden. Über den Zusammenhang von Inflation und Einkommensplanung schreiben T. Cliff und C. Barker in ihrem Buch „Incomes Policy, Legislation and Shop Stewards" (London 1966): „Bis zu einer bestimmten Grenze können die Kapitalisten sich erfolgreich der Lohn-Preis-Spirale als Mittel bedienen, um mit dem Kampf der Arbeiterklasse um höhere Reallöhne und einen größeren Anteil am nationalen Kuchen fertig zu werden. Die steigenden Preise betrügen die Arbeiter um die Extra-Kaufkraft, die sie sonst erreicht hätten. Aber die Lohn-Preis-Spirale führt natürlich auch zu einer Verringerung der Profitmargen, wenn die internationale Konkurrenz schärfer wird, und ebenso führt sie zu Stagnation und relativem Niedergang der gesamten Wirtschaft. Die Inflation hat das geleistet, was in der Vergangenheit die Reservearmee der Arbeitslosen für den Kapitalismus geleistet hatte: den Anteil der Arbeiter am nationalen Kuchen klein zu halten, so negativ sich das auch für die Kapitalisten und ihre Regierung als Stagnationstendenzen ausgewirkt hat. Heute hoffen die Kapitalisten

und ihre Regierung, daß die Einkommenspolitik dieselbe Wirkung erzeugen wird, aber ohne negative Nebenerscheinungen wie Stagnation und Niedergang."

Seit Erschöpfen der Arbeitskräftereserven ist auch in Deutschland die Lohn-Preis-Spirale als Waffe gegen die Erhöhung der Realeinkommen der Arbeiter immer problematischer geworden. Schon relativ niedrigere Wachstumsraten lösten starke Spannungen auf dem Arbeitsmarkt aus und führten zu Lohnerhöhungen, die über größere Zeiträume nicht mehr auf die Preise umgewälzt werden können. Vollbeschäftigung und Inflationsraten, die über dem internationalen Niveau liegen, werden zum ersten Hindernis wirtschaftlichen Wachstums. Die Unternehmen geraten in eine Preis-Kosten-Schere, die den beschleunigten Fall der Profitrate auslöst. Die Erhöhung der Arbeitslosigkeit, das „Bremsen" der Bundesbank reichen nicht aus, die Arbeiterklasse und ihre Organisationen zu disziplinieren. Es gibt genügend Beispiele (Italien und Belgien von 1948 bis 1954), die zeigen, daß ein bestimmter Satz an Arbeitslosigkeit bei einigermaßen gut organisierten Gewerkschaftsbewegungen nicht automatisch dazu führte, die Realeinkommen der Arbeiter niedrig zu halten. Die „Öffnung nach links", die Disziplinierung der Arbeiterklasse durch ihre eigenen Organisationen ist, wie am Beispiel Englands und jetzt auch am Beispiel Deutschlands und Dänemarks deutlich wird, erfolgversprechender als reine Deflationspolitik. So wie es in England erst der Labourregierung gelang, die Mitarbeit der Gewerkschaften für eine staatliche Einkommenspolitik und für den Lohnstop zu sichern, so gelang es in Deutschland erst dem Sozialdemokrat Schiller, die Gewerkschaften zu freiwilligem Lohnverzicht zu bewegen. Noch kurz vor der Regierungsneubildung Ende November 1966 hatte es der DGB abgelehnt, Gespräche mit dem damaligen Wirtschaftsminister Schmücker über die Lohnpolitik zu führen. Otto Brenner sagte noch am 23. November in Wolfsburg, daß „die Gefahr einer Stabilisierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeitnehmer" noch nicht abgewendet sei. Deshalb müßten sich die Gewerkschaften auf eine Zeit der harten Auseinandersetzung vorbereiten. In derselben Rede verlangte Brenner, daß andere Männer auf die Ministersessel sollten, Kräfte, die echte Alternativen zu bieten hätten. Am 22. Dezember, genau ein Monat später, fand in Bonn, wo inzwischen neue Männer Platz genommen hatten, die erste Besprechung zwischen Schiller und führenden Gewerkschaftsfunktionären statt. Bei Stimmenthaltung Brenners beschlossen die Gewerkschafter einstimmig, die „konzertierte Aktion" zu unterstützen. Der Tarifexperte des DGB, Tacke, zeigte bei seiner Begrüßung Schillers in schöner Klarheit die

Funktion der Großen Koalition: „Daß Sie dabei sind, ist mir eine conditio sine qua non."

Daß die ‚konzertierte Aktion' nichts anderes ist als die Erhöhung der Profite auf Kosten der Löhne, wurde von den Gewerkschaftern in der zweiten Beratungsrunde mit Schiller am 2. März ausdrücklich anerkannt. Die Gewerkschafter bekundeten ihre Bereitschaft, nicht gegen die erheblich höheren Profiterwartungen Sturm zu laufen. Das Wirtschaftsministerium schätzte, daß die nicht verteilten Profite in diesem Jahr etwa zehnmal schneller wachsen sollen als die Löhne und Gehälter. Dieses Mal gab es keine Stimmenthaltung bei den Gewerkschaftern und auch Brenner sang im März Loblieder auf den planfreundlichen Schiller. Die Beteuerungen des DGB, daß es keine „Lohnleitlinie", sondern nur „Orientierungshilfen" gäbe, sind Wortspielereien. Die jetzt von Brenner zu hörenden Klagen, daß die Unternehmer sich nicht an die konzertierte Aktion hielten, täuschen nicht nur darüber hinweg, daß die Gewerkschaftsführer Anfang März selbst einer Einkommensumverteilung zu Lasten der Arbeiter zugestimmt haben. Sie sind auch eine Verschleierung des reaktionären Grundcharakters der konzertierten Aktion.

Die völlige Kapitulation der Gewerkschaftsbürokratien vor der Einkommenspolitik der neuen Bundesregierung ist nur das konsequente Resultat ihrer Tarifpolitik über die letzten Monate. Schon am 3. Dezember 1966 hatte die „rechte" IG Bau die vom Sachverständigenrat geforderte Lohnleitlinie von 4 % anerkannt. Die „linke" IG Metall verzichtete sozusagen als Morgengabe an die neue Regierung darauf, die Tarife für 200 000 Metallarbeiter zum erstmöglichen Termin (31. 1. 1967) zu kündigen. Die Schlüsselstellung für die Lohnentwicklung 1967 fiel allerdings der IG Chemie zu. Sie schloß das erste große Tarifabkommen unter der neuen Regierung. Ihre Verhandlungsposition war wesentlich stärker als die anderer Gewerkschaften. Die Chemieindustrie war von der Rezession kaum betroffen. Weder Kurzarbeit noch Massenentlassungen hatte es gegeben. Der Umsatz der Chemieindustrie war auch 1966 um ca. 8 % gestiegen. Am 13. Januar stimmte die IG Chemie einer Lohnerhöhung von 3,7 % auf 12 Monate zu, die allerdings auf 3 % zusammenschrumpft, wenn man berücksichtigt, daß das Abkommen über 15 Monate läuft, da die Lohnerhöhung nicht auf das Ende des alten Tarifvertrags (Oktober 1966) zurückdatiert wurde. Zu Beginn der Verhandlungen hatte die IG Chemie 8,5 bis 9,5 % gefordert! Dieses Tarifabkommen kann nur als eine der bedeutendsten Niederlagen der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren gewertet werden. Inzwi-

schen haben eine Reihe anderer Gewerkschaften ihren „Sparwillen" demonstriert. Ein paar Beispiele sollen genügen. Die ÖTV gab am 27. Februar bekannt, daß sie zunächst keine Besoldungsforderungen für ihre Beamten stellen werde. Der Vorsitzende Klünker fiel überdies den Forderungen der Konkurrenzgewerkschaft, des Deutschen Beamtenbundes, öffentlich in den Rücken, indem er die Besoldungsforderungen des DBB als verantwortungslos kritisierte (s. Interview in „Christ und Welt", 3. 2. 1967). Durch „verantwortungsbewußte" Zurückhaltung wolle die ÖTV einen Beitrag zur Stabilisierung der öffentlichen Haushalte bringen. Die IG Textil verzichtete in einem Tarifgebiet auf unbegrenzte Zeit darauf, die ausgelaufenen Tarifverträge zu kündigen. Die IG Bau, die als erste der Lohnleitlinie ihren Segen gegeben hatte, handelte eine magere Lohnerhöhung von 2,4 % für 1967 aus. Der wichtigste noch bevorstehende Tarifabschluß ist der für 210 000 Stahlarbeiter in Nordrhein-Westfalen. Schon im Februar gab es Meinungsverschiedenheiten zwischen der Großen Tarifkommission und dem Vorstand der IGM über Art und Höhe der Forderungen. Die Tarifkommission hatte Lohnerhöhungen von 5 % gefordert, während sich der Vorstand, der sich zunächst durchsetzte, mit Rücksicht auf die schlechte Lage der Stahlindustrie darauf beschränken wollte, die tarifliche Absicherung eines dreizehnten Monatsgehalts von bisher 50 auf 80 % zu erhöhen, den arbeitsfreien Samstag nicht mehr als Urlaubstag anzurechnen und das tarifliche Monatsgehalt unter voller Anrechnung auf die Effektivverdienste um 7,5 % zu erhöhen. Die Forderungen hätten eine effektive Lohnerhöhung von ca. 2 % bedeutet. Da diese Forderungen aber nicht durch Kampfmaßnahmen „unterstrichen" werden konnten, da es sich um Eingriffe in einen laufenden Manteltarif gehandelt hätte, diente das Konzept des Vorstands den Metallindustriellen als willkommene Verzögerungstaktik. Die Verhandlungen scheiterten am 13. März und die IG Metall fordert jetzt Lohnerhöhungen von insgesamt 3,9 %. Die ersten Verhandlungen scheiterten bereits, da die Arbeitgeber auf eine Lohnpause dringen. Wie bescheiden auch immer die Forderungen der IG Metall sein mögen: wenn die IGM nicht ganz ihr Gesicht verlieren und überhaupt etwas durchsetzen will, wird sie Brenners Aufruf zum Kampf gegen die „Sanierung der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiter" vom 23. November 1966 in die Tat umsetzen müssen.

Inzwischen bereitet die Regierung neue Angriffe auf den Lebensstandard der Arbeitnehmer vor. „Zur Deckung des Defizits" für das Haushaltsjahr 1968 wurden Steuererhöhungen angesagt. Strauß verkündete kürzlich, daß „im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung" die Bundes-

zuschüsse zu den Rentenversicherungen, an die die Bundesregierung gesetzlich gebunden ist, nicht mehr im bisherigen Ausmaß erhöht werden können. Die ohnehin schnell steigenden Beiträge der Arbeiter an die Rentenversicherung müßten dann zusätzlich erhöht werden. Die von den Arbeitgebern in letzter Zeit immer heftiger vorgetragenen Angriffe gegen die dynamische Rentenversicherung tragen bereits die ersten Früchte!

V

In den Jahren der Arbeitskräfteknappheit hat sich die Lohndrift, d. h. die Kluft zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten, ständig vergrößert. Ein immer größer werdender Teil der Arbeitnehmereinkommen ist nicht durch gewerkschaftliche Tarifverträge abgesichert. Betriebliche Sozialleistungen aller Art sind für die Beschäftigten der Großbetriebe oft ebenso wichtig geworden wie staatliche Sozialpolitik. Die riesigen Industriekorporationen haben aus der Notwendigkeit, knappe Arbeitskräfte zu halten oder zu gewinnen, dem parlamentarischen Gesetzgeber weite Felder entrissen. Dementsprechend haben die reformistischen Arbeiterparteien alten Stils in den Augen der Arbeiter mehr und mehr an Bedeutung verloren. Die oft beklagte politische Apathie der Arbeiter hat hier ihre rationale Ursache. Sie erwarten nichts von der SPD und können daher auch sehr schwer von ihr enttäuscht werden. Der Kampf der Arbeiter um die Erhaltung und Ausdehnung betrieblicher Sozialreformen — meist über die Betriebsräte — hat das Monopol der Repräsentanten und Mißrepräsentanten der Arbeiter in den Parlamenten in Fragen von Sozialreformen zerstört. Dieser Kampf um betriebliche Sozialreformen wird von vielen Arbeitern und von den meisten Betriebsräten als „ihr" privater Kampf verstanden. Klassensolidarität ist unter solchen Umständen auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Die Gewerkschaften tragen an der deutlichen Kluft zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften ein gehöriges Maß Verantwortung. Jedes Prozent übertariflicher Lohn, jede nicht tariflich abgesicherte betriebliche Sozialleistung ist Zeuge davon, daß die Gewerkschaften es nicht vermocht haben, durch betriebsnahe Tarifpolitik den Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung zu tragen, und ihre Verhandlungsstärke voll zu nützen.

Die „konzertierte Aktion" fand neben dem Druck der Regierung auf die zentralen Gewerkschaftsbürokratien ihren Ausdruck vor allem im Angriff der Unternehmer gegen den „sozialen Klimbim", sprich betriebliche

Sozialleistungen, und gegen nicht tariflich abgesicherte Löhne. Akkordlöhne wurden gekürzt, Abstufungen in niedrigere Lohngruppen vorgenommen, Altersprämien wurden gestrichen, Arbeitsjubilare erhalten keinen zusätzlichen Urlaub mehr, Arbeitskleidung wird nicht mehr gewaschen oder nicht mehr gestellt usw. Die Methoden der Angriffe sind vielfältig. Die IG Metall schätzte, daß in Baden-Württemberg ein Viertel aller Arbeiter am 1. Januar nicht in den Genuß der 1,9%igen Lohnerhöhung gekommen ist, die im Februar 1966 beschlossen worden war, und daß sich statt dessen für diese Arbeiter die Lohndrift verengt hat. Bei den Arbeiterverdiensten hatte sich bereits im letzten Quartal 1966 eine „negative Lohndrift" bemerkbar gemacht: die effektive Einkommenszunahme war mit 5,7 % geringer als die tarifliche mit 6,2 %. Es ist anzunehmen, daß von den im ersten Vierteljahr 1967 wirksam gewordenen Tarifabschlüssen, die nach Angabe des DGB durchschnittlich 3,6 % (!) betrugen, nur ein Teil wirklich „ankam". Als erstes westdeutsches Großunternehmen kündigte Krupp im Februar an, die regelmäßigen Lohn- und Gehaltszahlungen würden „im Zuge des Rationalisierungsprogramms" für 60 000 Arbeiter um 5 % gekürzt.

Die Antwort der Belegschaften und der örtlichen Gewerkschaftszweige auf den massiven Angriff der Kapitalisten und ihrer Regierung war im großen und ganzen mager, wenn auch nicht ganz so mager wie die der zentralen Gewerkschaftsbürokratien. Das plötzliche Absinken des Krankenstandes um — verglichen mit dem Vorjahr — durchschnittlich 15 % (in der Automobilindustrie über 50 %!) und die rasch gestiegene Zahl der Arbeitsgerichtsprozesse deuten an, daß viele Arbeiter noch glauben, daß sie wie bisher private Antworten auf soziale Probleme geben können. Immerhin hat es eine Reihe von inoffiziellen Streiks und Protestkundgebungen lokaler Gewerkschaftsorganisationen in den letzten Monaten gegeben. Die Proteste und Streiks richteten sich sämtlich gegen die Angriffe auf übertarifliche Leistungen und betriebliche Sozialleistungen. So legten am 2. Dezember 67 Betriebsratsmitglieder im Saargebiet ihre Ämter aus Protest gegen die angekündigte Kürzung der Weihnachtsgratifikation nieder. In Ulm demonstrierten 10 000 Metallarbeiter während der Arbeitszeit gegen Unternehmerwillkür. Beispielhaft für einen gut geführten Abwehrkampf war der dreitägige Streik von 3000 Arbeitern in einem Offenbacher Betrieb. Dort, wo Abwehrkämpfe geführt wurden, waren sie meist erfolgreich[1]). Viele Arbeiter haben in den letz-

[1]) Eine lesenswerte Zusammenfassung der bisherigen Streik- und Protestbewegung findet man bei Ulrich Faber, „Nicht die Butter vom Brot", express international, Nr. 44.

ten zehn Jahren das Streiken verlernt. Sie werden es wieder lernen müssen.

VI

Es überraschte eigentlich nicht, daß sich der wortreiche Protest einiger Teile der SPD und der „linken" Gewerkschaftsbürokratie als kurzatmig erwies. Was allerdings zur Überraschung verpflichtet, sind die verwirrten Antworten, die von Teilen der „marxistischen Linken" auf die konzertierte Aktion gegeben wurden. So schrieb A. Weerth im „express international": „Es kommt also gar nicht auf das bloß verbale Ja- oder Nein-Sagen zur konzertierten Aktion an. Es kommt darauf an, was man aus der Sache herausholt, welche Positionen die Arbeiterbewegung zusammen mit geringeren oder an Stelle von Lohnerhöhungen erringt. Nur wenn sie überhaupt keine Forderungen stellen, nur wenn sie auf allen Fronten stillhalten, dann geben die Gewerkschaften wirklich sich selbst auf." [2]) Der Schreiber fordert weiterhin auf, aus der Not eine Tugend zu machen und statt der „rein lohnpolitischen Aktivität" Forderungen nach mehr Mitbestimmung und anderen mehr oder weniger schönen Dingen vorzutragen.

Auf ein bloß verbales Neinsagen kommt es allerdings nicht an. Aber es gilt zu erkennen, daß aus der „konzertierten Aktion" überhaupt nichts „rauszuholen" ist. Konzertierte Aktion heißt Einkommensumverteilung zugunsten der Kapitalisten, heißt Angriff auf die Tarifautonomie der Gewerkschaften und heißt Angriff auf die betrieblichen Positionen der Belegschaften. Was Mitbestimmung noch soll, wenn die Gewerkschaften vorher ihre Tarifautonomie faktisch aufgegeben haben, ist schleierhaft! Ähnlich wie der „express international" argumentiert Michael Vester in den „Arbeitsheften": „Die Gewerkschaftsverbände können, wie es die IG Metall inzwischen beginnt, konkrete Bedingungen für ihr Mitwirken bei einer konzertierten Wirtschaftspolitik stellen. Da die Regierung auf ihre Mitarbeit angewiesen ist, können sie mehr (!) fordern als bisher." [3]) Gut, daß wir eine konzertierte Aktion haben, möchte man sagen. Jeder Tauschhandel mit dem Lebensstandard der Arbeiter und autonomen Gewerkschaftsorganisationen kann nur heißen, daß man das Wichtigste für ein Linsengericht verkauft. Es kommt allerdings darauf an, zur konzertierten Aktion „nein" zu sagen.

[2]) Vgl. „express international", Nr. 43.
[3]) Vgl. „Arbeitshefte", Jg. V, Nr. 1, S. 19.

Der Angriff auf die Arbeitnehmereinkommen kann nur allgemein gegen die Arbeiter als Klasse geführt werden. Die Generalität dieses Angriffs macht es nötig und möglich, bisher im Bewußtsein der Arbeiter „private" Kämpfe in bewußt geführte Klassenkämpfe zu transformieren. Hierbei durch die Analyse und Verbreitung solcher Kämpfe, durch die Organisierung von Verteidigungszentren in den unteren Rängen der Gewerkschaftsorganisationen Hilfestellung zu leisten, ist im Augenblick eine vordringliche Aufgabe für westdeutsche Sozialisten.

Rezensionen

August Enderle - Heinrich Schreiner
Jakob Walcher - Eduard Weckerle

Das rote Gewerkschaftsbuch

Eingeleitet von Jakob Moneta. Neudruck der deutschen Erstausgabe von 1932. 200 / XX Seiten brosch. DM 18,50 Leinen DM 23,75
Verlag Neue Kritik KG, Frankfurt 1967

Das „RGB" wurde von seinen Autoren verstanden als „brauchbarer Wegweiser in praktisch-revolutionärer Gewerkschaftsarbeit" (S. 3). Es war ein Programm. Was an diesem Programm für Sozialisten und Gewerkschafter der BRD 1967 noch brauchbar ist, läßt sich nicht mit einem Schwerthieb auf den gordischen Knoten entscheiden, sondern muß Punkt für Punkt diskutiert werden.

Ist die Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung heute noch eine Tagesaufgabe? Kann eine linksreformistische Gewerkschaftspolitik à la Brenner Arzt am Krankenbett des Kapitalismus sein? Wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem durch staatliche Planung (wie eine Reihe von Ökonomen behaupten) oder durch Druck aus dem Osten oder durch den Druck einer mächtigen Arbeiterbewegung von innen (wie andere Ökonomen behaupten) oder durch beides heute auf reformerischem Wege stabilisiert werden kann, dann wäre das „RGB" heute ein alter Ladenhüter. Haben sich mit anderen Worten die Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes (wie im Kapitel III des „RGB" dargestellt) grundlegend verändert? „Diese Bedingungen (aber) sind nichts anderes als die Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft selbst" (S. 39). Lohn und

Profitrate sind aufs engste miteinander verknüpft. Gewerkschaftlicher Erfolg innerhalb des kapitalistischen Systems ist nur bei rascher Akkumulation des Kapitals möglich. Den Hintergrund dafür bilden aber einige „unumstößliche Gesetze" wie „Periodizität der Krisen . . ., deren ständige Verschärfung, die wieder aufs engste mit dem . . . Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate zusammenhängt" (S. 42). Die Tendenz zur fortschreitenden Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse, die Erkenntnis, daß der Kapitalismus die Bedürfnisse der Arbeiterklasse auf die Dauer nicht befriedigen kann, gibt der Forderung nach sozialer Revolution und damit auch nach der Revolutionierung der Gewerkschaften ihre Berechtigung. Die Bedingungen dieser Revolutionierung sind allerdings ebenso flüchtig wie die Form, die die Krise jeweils annimmt. Mit Marx betonen die Autoren des „RGB", daß die ökonomischen Gesetze des Kapitalismus Modifizierungen unterliegen. Die reformistische Arbeiterbewegung ist jeweils ein Kind solcher Modifizierungen. Aber: „Lediglich gelingt es, das Fallen der Profitrate wenigstens insofern zu verschleiern, als dadurch nicht zugleich auch ein Druck auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, die das Kapital zu bieten vermag, eintritt. Es ist aber klar, daß diese Korrektur nur so lange wirksam ist, als eben auch die Möglichkeit zur Einbeziehung solcher Räume mit hoher Profitrate (i. e. nichtdurchkapitalisierte Räume, V. M.) besteht. Schwindet diese, dann wird das Gesetz in seinem ganzen Umfange wirksam, und dann müssen sich auch die Arbeitsbedingungen direkt verschlechtern. Mit anderen Worten: von diesem Augenblick an schlägt die relative Verelendung in eine absolute um" (S. 61). Der Imperialismus ist „die Schonzeit des Proletariats" (Sternberg) und der Reformismus „die Theorie eben dieser Schonzeit" (S. 61). „Solange (jedoch) der Reformismus aus allen kapitalistischen Blüten Honig saugen konnte, war seine Position besonders in den Gewerkschaften schlechtweg unerschütterlich" (S. 121). Die große Krise des Imperialismus seit Beginn des ersten Weltkriegs entzieht dem Reformismus seine gesellschaftliche Basis. Der Kampf um die Revolutionierung der Gesellschaft und um die Revolutionierung der Gewerkschaften wird zur Überlebensfrage der proletarischen Bewegung. Der Verteidigungskampf der Gewerkschaften um die Erhaltung des Lebensstandards der Arbeiterklasse muß jetzt in den Rahmen des revolutionären Kampfes um die politische Macht gestellt werden.

Das Programm des „RGB" wurde nicht Wirklichkeit. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung durch ihren grenzenlosen Opportunismus und die KPD durch ihren sektiererischen Scheinradikalismus, dessen Kritik der Kernpunkt des „RGB" ist, haben sich ein nicht beneidenswertes Maß von Schuld am Leiden von Millionen Menschen aufgebürdet.

Sind die grundsätzlichen Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes heute noch die gleichen wie unter Brüning? In seiner Einleitung zur Neuauflage des „RGB" stellt Jakob Moneta die Frage nicht in dieser Schärfe. Sehr vorsichtig wird formuliert: „Der Au-

genschein der Krise schien (!) denen recht zu geben, die an ein Gesetz der absoluten Verelendung des Proletariats glaubten. Genauso (!) spricht heute der Augenschein der Konjunktur für diejenigen, die meinen, die „soziale Frage" sei auf dem besten Wege, im Rahmen der kapitalistischen Ordnung ihre Lösung zu finden." Wo ist der dritte Weg zwischen beiden Positionen, den diese Formulierung impliziert? Wenn es keine Notwendigkeit für eine Tendenz der absoluten Verelendung mehr gibt, läßt sich die These von der grundsätzlichen Stabilität des heutigen Kapitalismus nicht als „gefährliche Täuschung" (J. M.) bezeichnen.
Allerdings hat der Kapitalismus über den zweiten Weltkrieg ein neues Gleichgewicht gefunden, das die Periode des Hochimperialismus bis zum ersten Weltkrieg an Dauer und Stabilität übertrifft. Handelt es sich nur um eine neue „Schonzeit" oder haben sich die Bewegungsgesetze des Kapitalismus grundsätzlich verändert? Jakob Moneta führt drei Momente an, die die relativ große wirtschaftliche Stabilität und das Ausbleiben stark ausgeprägter Zyklenbewegungen seit dem zweiten Weltkrieg erklären sollen; der beschleunigte Rhythmus der technischen Entwicklung infolge des Rüstungswettlaufs (angeblich ein „außerökonomischer Faktor"!), die direkten Rüstungsausgaben und die Stabilisierung der Konsummärkte durch den Sozialhaushalt, bzw. den „stetigen Druck der Gewerkschaften".

„Gedrückt" haben die Gewerkschaften immer, aber mit wechselndem Erfolg, was es gerade zu erklären gilt. Die DGB-Gewerkschaften drücken nicht mehr als die des ADGB. Der Sozialhaushalt und die Löhne bleiben eine abhängige Variable, wie gerade die letzten Monate in der BRD gezeigt haben. Die Geschwindigkeit der technischen Entwicklung in der Automationsphase ist als „Folge des Rüstungswettlaufs" ebenso wenig Ursache der Stabilität wie der „Druck" der Gewerkschaften. Die beste Analyse der Automation findet man immer noch in den Kapiteln XIII und XXIII des „Kapitals".

Der Schlüssel zur Nachkriegsstabilität des Kapitalismus liegt allein in der Aufrüstung. Nicht Kapitalexport in nichtdurchkapitalisierte Räume, der heute eine quantité négligeable ist, sondern die Erschließung neuer Absatzmärkte in den Metropolen durch die permanente Rüstungswirtschaft oder das System des „bewaffneten Friedens" (R. Luxemburg) ist die Grundlage des ‚höchsten Stadiums des Kapitalismus'. Um als Stabilisator für Überproduktionskrisen wirken zu können, müssen öffentliche Arbeiten durch den kapitalistischen Staat folgende Bedingungen erfüllen:

1. „Sie dürfen keine Konkurrenz für private Interessen bilden, die für den gleichen Markt produzieren. So würde eine staatliche Schuhfabrik, die in Konkurrenz mit privaten Schuhproduzenten träte, die Gefahr der Überproduktion nicht vermindern, sondern verschärfen. Aber auf dem Gebiet des Barackenbaus steht der Staat allein."
2. „Sie müssen diejenigen Industriezweige auslasten, die durch die Krisen am stärksten getroffen wer-

den — die Investitionsgüterindustrien, die Schwerindustrie —, Industrien, deren Gewicht in der gesamten Wirtschaft ständig wächst und deren Führer innerhalb der herrschenden Klasse den Ton angeben."

3. „Sie dürfen die produktive Kapazität des Kapitalismus nicht steigern, wenn möglich, sollen sie diese verringern und das Wachstum des Sozialkapitals so weit wie möglich drosseln."

4. „Sie dürfen die Produktion von Massenkonsumgütern nicht ausweiten und sollen auf diese Weise nicht auf Lohnerhöhungen und größere Massenkaufkraft angewiesen sein."

5. „Während sie auf der einen Seite den produktiven Teil des Kapitals nicht vergrößern dürfen, sollen sie von der Klasse der Kapitalisten als ein wichtiger Faktor für die Verteidigung und Vergrößerung ihrer Märkte und ihres Reichtums betrachtet werden können."

6. „Alle großen Industrienationen müssen diese ‚öffentlichen Arbeiten' in einem Maße durchführen, das ihrem jeweiligen nationalen Reichtum entspricht. Beschränkten sich diese Arbeiten auf einen oder einige Staaten, so ständen diesen Staaten vergleichbar geringere Quellen der Kapitalakkumulation zur Verfügung, hätten diese Staaten höhere Inflationsraten und würden im Konkurrenzkampf um die Weltmärkte geschlagen. Nur wenn alle wichtigen Industrienationen solche ‚öffentlichen Arbeiten' durchführen, kann jede einzelne sie durchführen."

„Nur die Rüstung erfüllt diese sechs Charakteristika der stabilisierenden öffentlichen Arbeiten." (Vgl. T. Cliff, in „Perspectives of the Permanent War Economy", A Socialist Review, London 1965, S. 38).

Der Rüstungskapitalismus ist allerdings weit davon entfernt, die von den Autoren des „RGB" angeführten „Bedingungen des gewerkschaftlichen Kampfes" verändert zu haben. Die jährlichen Rüstungsausgaben sind heute schon so groß wie etwa die Hälfte der Bruttokapitalformation im Weltmaßstab. Sie tragen aber indirekt über die rasche Verbesserung der Technik dazu bei, daß sich die Produktivität aller Sektoren der Wirtschaft vergrößert. Immer größere Teile des Volkseinkommens werden in Zukunft für militärische Zwecke ausgegeben werden müssen: statt 10 % 20, 30 und mehr. Der Widerstand wird bei denen wachsen, die diese Ausgaben bezahlen müssen: bei der Arbeiterklasse. (Von den politischen Implikationen einer ständigen Erhöhung der Rüstungsausgaben sei hier abgesehen.)

Die permanente Rüstungswirtschaft hat die Ursachen der grundsätzlichen Krisenanfälligkeit des Kapitalismus unberührt gelassen. Die permanente Gefahr der Überproduktion bleibt bestehen, solange auch nur zwei feindliche Blöcke sich gegenseitig bekämpfen. Welche Form die Krise des Rüstungskapitalismus im einzelnen annehmen wird, ist eine andere Frage. Jakob Moneta warnt mit Recht davor, „das ‚RGB' in der Erwartung in

die Hand zu nehmen, man könne aus ihm durch Analogieschlüsse einfach Rezepte für die Gegenwart herausdestillieren" (S. II). Er begründet diese Warnung mit dem Hinweis auf die „völlig andere Lage", der sich die Gewerkschaftstheoretiker heute konfrontiert sähen (S. XIV). Im übrigen versäumt es Jakob Moneta, diese pauschale Feststellung so zu konkretisieren, daß erkennbar würde, welche gewerkschaftspolitischen Positionen des „RGB" auf die heutigen Verhältnisse nicht übertragbar sind. Er läßt offen, ob die scharfe Ablehnung der „wirtschaftsdemokratischen Illusionen" auch auf die Mitbestimmungsforderungen zutrifft, ob die konsequente Ablehnung des Schlichtungswesens, die Kritik an der reformistischen Haltung in Bezug auf Tarifverträge noch gültig sind. Jakob Moneta gibt lediglich einen Hinweis auf „tiefgreifende Veränderungen auf dem Gebiete der Gewerkschaftspolitik" (Seite XIII). Die Überwindung der Berufsgewerkschaften und der Richtungsgewerkschaften und die Schaffung regionaler Tarifverträge werden als Beispiele solcher Veränderungen genannt. Demnach hat sich an der Politik der englischen Gewerkschaften, der französischen und italienischen nur sehr wenig geändert, denn dort gibt es immer noch Berufsverbände, bzw. Richtungsgewerkschaften. Die Zentralisierung der Lohnverhandlungen in Zeiten der Vollbeschäftigung deckt sich nicht mit den Bedürfnissen der meisten Gewerkschaftsmitglieder. Es ist offensichtlich, daß die Lage der Gewerkschaften heute sehr verschieden ist von der, die die Autoren des „RGB" beschrieben. Aber die Gewerkschaften haben auf die Anforderungen ihrer heutigen Situation ebensowenig eine richtige Antwort gefunden wie in der Weimarer Republik. Die errungenen Erfolge verdanken sie nicht ihrem konsequenten Kampf, sondern der Flexibilität des Nachkriegskapitalismus durch Aufrüstung.

Niemals zuvor haben deutsche Gewerkschaften so große Erfolge erringen können wie in den letzten 15 Jahren. Die Illusion, daß auf die Dauer die Interessen der Arbeiter innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Systems wahrgenommen werden können, ist tiefer und weiter verbreitet als je zuvor. Schon der erste Hauch eines Angriffs auf die errungenen Positionen in den letzten Monaten haben gezeigt, daß die augenblicklichen Gewerkschaftsführungen nicht willens und nicht fähig sind, solche Angriffe in Zukunft abzuwehren. So wie der Kampf um das „Endziel" auch im Rüstungskapitalismus eine Tagesaufgabe bleibt, so wird es heute zur wichtigsten Aufgabe, innerhalb der reformistischen Gewerkschaftsbewegung auf die Revolutionierung eben dieser Organisationen hinzuarbeiten. In welche Richtung sollten gewerkschaftliche Forderungen heute zielen, die beiden Aufgaben gerecht werden können? Jakob Moneta will ein „Übergangsprogramm, in dem Mittel und Wege aufgezeigt werden, wie man eine planvolle Gemeinwirtschaft schaffen kann" (S. XIII). An solchen Übergangsforderungen nennt er u. a. „Offenlegung der Bücher" und mitbestimmenden Einfluß der Gewerkschaften auf Preise und Gewinne, als Bedingung dafür, daß Gewerkschaften bei einer staatlichen

Stabilisierungspolitik mitwirken. Das Handelsblatt forderte kürzlich „Publizität in der Gewinndeflation" (31. 12. 1966). Was nutzte es den Kollegen einer Bochumer Gießerei, als im Herbst letzten Jahres die IG Metall in ihre Bücher Einblick nahm und daraufhin einer 10%igen Lohnkürzung zustimmte? Die Forderung nach Mitbestimmung über Gewinne und Preise ist utopisch, solange es nicht eine klassenbewußte, kämpferische Arbeiterbewegung gibt, die durch den Kampf um solche Forderungen die Machtfrage stellt. Im Augenblick können solche Forderungen nur als Entschuldigung für den nicht geführten Kampf gegen die „konzertierte Aktion" und um die Erhaltung der autonomen Gewerkschaftsbewegung dienen. Wilson versprach den englischen Gewerkschaften die Kontrolle aller Einkommen! Die Gewerkschafter, die diese Versprechen ernst nahmen, gaben damit ihre Zustimmung zum Lohnstop und Einkommensumverteilung auf die Konten der Kapitalisten. Die einzigen Forderungen, die bei einer so fragmenthaften Arbeiterbewegung wie der BRD als „Bewußtseinstransformator" dienen, sind solche, die am unmittelbaren Interesse der Arbeiter ansetzen. Die Verteidigung übertariflicher Löhne und Sozialleistungen durch betriebsnahe Tarifpolitik, die Ersetzung korrupter Betriebsräte durch klassenbewußte und die Überwindung der Kluft zwischen Betriebsräten und Gewerkschaften, der Kampf gegen die „Konzertierte Aktion" und um die Erhaltung autonomer Gewerkschaften, und der Kampf gegen die Notstandsgesetze sind die Aufgabenfelder, auf die solche Forderungen zielen müssen. Hier die richtigen Schwerpunkte zu setzen, kann nur das Ergebnis sorgfältiger Analysen sein.

Volkhard Mosler

probleme sozialistischer politik

Band 1

Neokapitalismus, Rüstungswirtschaft, westeuropäische Arbeiterbewegung

144 Seiten DM 6,80

Band 2

Kurt Steinhaus

VIETNAM - Zum Problem der kolonialen Revolution und Konterrevolution

72 Seiten DM 3,80

Band 3

Ernest Mandel

Einführung in die marxistische Wirtschaftstheorie

76 Seiten DM 3,80

Band 4

Fritz Lamm, Wolf Rosenbaum
Helmut Schauer, Ursula Schmiederer

Die Große Koalition und die nächsten Aufgaben der Linken

80 Seiten DM 3,80

verlag neue kritik – frankfurt

Marxismus in der Bundesrepublik 1967:

Machtstrukturen des heutigen Kapitalismus

Beiträge einer internationalen wissenschaftlichen Tagung

Von:

Prof. Maurice Dobb (Cambridge): Produktionsverhältnisse und Wirtschaftswachstum
Prof. Peter Heß (Berlin): Monopole, Staat und das Problem des Fortschritts im gegenwärtigen Kapitalismus
Dr. Heinz Schäfer (Darmstadt): Staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik und Alternativen der Arbeiterbewegung
und 30 weitere Beiträge von Wissenschaftlern und Marxisten des In- und Auslandes

Das Urteil der Presse:

von: „Moderne Marxisten absolvierten Exerzitien in Rot" „Leider wurde nicht kritisiert, nicht mal wissenschaftlich. Es wurde kritikastert." „Man wollte wissenschoftlichen Marxismus hören und erleben. Nichts. Gar nichts." INDUSTRIE-KURIER, Düsseldorf

und: „Obgleich die Tagung im ganzen mehr Volkshochschulcharakter als wissenschaftliches Niveau hatte, brachte sie doch einige interessante Ergebnisse". DIE WELT, Hamburg

bis: „Das hohe theoretische und wissenschaftliche Niveau und die tiefschürfende Erörterung der Fragen kennzeichneten die Konferenz." NEUE ZEIT, Moskau

und: „Diese Konferenz hat nachdrücklich das Zerrbild, das in der Bundesrepublik über den Marxismus verbreitet wird, korrigiert. Die Diskussionen und Referate vermittelten das Bild lebendigen Schöpfertums des Marxismus." BLINKFEUER, Hamburg

Erschienen im Juni 1967 als SONDERHEFT 1/1967 der Zweimonatszeitschrift MARXISTISCHE BLÄTTER
Paperback, 160 Seiten, DM 3,50 (+ Zustellporto)

Bezug über den Buchhandel oder direkt:

Marxistische Blätter-Verlag
6 Frankfurt/Main W 13, Kurfürstenstraße 8